

# SAZ

## Sozialistische Arbeiter Zeitung

TAGESZEITUNG DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI

Heut bringt die SAZ:

Der Feldzug gegen die KPD

Die Fragen des Zentrums

Korruptionsverteidiger — Staatssekretäre

Cohn fallen gelassen

Arbeitersportler protestieren

„Unpolitische“ Betriebsratswahlen

Dänisches Streikverbot angenommen

# Reichstagsauflösung — Diktaturprogramm

Leere nationalistische Phrasen — „Vierjahres-Versprechungen“ — Sklavendienst und blutiger Terror gegen die ganze Arbeiterklasse

## Die Auflösungsverordnung

Berlin, 1. Februar.

Nachdem der Reichskanzler und der Reichsvizekanzler dem Herrn Reichspräsidenten über die Verhandlungen mit dem Zentrum heute vormittag Bericht erstattet haben, hat der Reichspräsident folgende vom heutigen Tage datierte Verordnung über die Auflösung des Reichstags erlassen:

Nachdem sich die Bildung einer arbeitsfähigen Mehrheit als nicht möglich herausgestellt hat, löse ich auf Grund des Artikels 25 der Reichsverfassung den Reichstag auf, damit das deutsche Volk durch Wahl eines neuen Reichstages zu der Neubildung der Regierung des nationalen Zusammenschlusses Stellung nimmt.

1. Februar 1933. (Unterschriften.)

Gleichzeitig ist durch eine weitere Verordnung vom heutigen Tage vom Herrn Reichspräsidenten als Wahltermin der 5. März 1933 bestimmt worden.

### Auch Preußenwahlen?

Es ist beabsichtigt, die Wahl in Preußen gleichzeitig durchzuführen. Im Augenblick steht natürlich noch nicht fest, ob im Landtag am Sonnabend eine Mehrheit für die Auflösung zustande kommt.

### Rundfunkrede Hitlers

Nach dem Muster von Papen und Schleicher hat auch jetzt Hitler am Mittwoch-Abend durch den Rundfunk das offizielle, von allen Ministern unterzeichnete Regierungsprogramm bekanntgegeben. Es ist ein echt nationalsozialistisches „Programm“, das heißt, es besteht nur aus Phrasen, leeren, unbestimmten Versprechungen und — das einzig „Positive“ — in der Ankündigung der Sklaven-Arbeitsdienstpflicht und des grau-samsten Terrors gegen die ganze Arbeiterklasse.

Die Rede Hitlers beginnt mit dem Satz: „Ueber 14 Jahre sind vergangen seit dem unseligen Tage, da von inneren und äußeren Versprechungen verblindet, das deutsche Volk der höchsten Güter unserer Vergangenheit, des Reiches seiner Ehre und seiner Freiheit vergab, und dabei alles verlor.“

Seit diesen Tagen des Verrates hat der Allmächtige unserem Volk seinen Segen entzogen.“ (II)

(Warum hat es aber der „Allmächtige“ trotz der „nationalen“, kaiserlichen Führung bis November 1918 zur Niederlage und dem Zusammenbruch des deutschen Heeres kommen lassen??)

Der ganze weitere erste Teil der Rede ist dann die alte nationalsozialistische Walze, daß der „Marxismus“ und „die kommunistische Methode des Wahnsinns“, die „seit 14 Jahren regierten“ (II), schuld an dem ganzen Verfall, an der Krise und dem entsetzlichen Elend besonders der Bauern und der Arbeitslosen wären. Dann wird gesagt:

„Die nationale Regierung wird das Christentum als Basis unserer gesamten Moral, die Familie als Keimzelle unseres Volks- und Staatskörpers in ihren festen Schutz nehmen. Sie wird damit der geistigen, politischen und kulturellen Nihilisierung einen unbarmherzigen Krieg ansagen.“

Die nationale Regierung wird das große Werk der Reorganisation der Wirtschaft unseres Volkes mit zwei großen Vierjahresplänen lösen. — Sie wird mit eiserner Entschlossenheit und zähester Ausdauer folgenden Plan verwirklichen:

Binnen vier Jahren muß der deutsche Bauer der Verelendung entrissen sein.

Binnen vier Jahren muß die Arbeitslosigkeit endgültig überwunden sein.

Gleichlaufend damit ergeben sich die Voraussetzungen für das Aufblühen der übrigen Wirtschaft.

Mit dieser gigantischen Aufgabe der Sanierung unserer Wirtschaft wird die nationale Regierung verbinden die Aufgabe und Durchführung, eine Sanierung des Reiches, der Länder und der Kommunen in verwaltungsmäßiger und steuertechnischer Hinsicht.“

Man sieht, kein Wort darüber, wie das gemacht werden soll. Die Phrase vom Vierjahresplan ist eigens erfunden, um den Massen gegenüber die Verantwortung für das Heute, für das, was jetzt die Hitler-Regierung zur Beseitigung der Not der Arbeiter- und Bauernmassen tun will, mit einem faulen Trick abzuwälzen. Allen Protesten und Hilferufen wird das Hitlerkabinett antworten: „Abwarten — nach vier Jahren.“

### Arbeitsdienstpflicht!

Positiv und eindeutig wird das Programm auch hier nur in den Ankündigungen der

Maßnahmen gegen die Arbeiterklasse. Es heißt da:

„Zu den Grundpfeilern dieses Programms gehört der Gedanke der Arbeitsdienstpflicht.“

Arbeitsdienstpflicht ist unvereinbar mit Streik-, Koalitions- und Tarifrecht. Es ist daher klar, daß der Hitler als Führer der nationalsozialistischen „Arbeiter“-Partei zu diesen Elementarfragen der Arbeiterklasse kein Wort verloren hat. Das heißt, diese elementaren Grundrechte sollen beseitigt werden.

Im Schluß der Rede wird die Außenpolitik behandelt. Auch hier kam Hitler nicht über allgemeine nichtssagende „nationale“ Redensarten hinaus, wie z. B.:

„Außenpolitisch wird die nationale Regierung ihre höchste Mission in der Wahrung der Lebensrechte und damit der Wiedererringung der Freiheit unseres Volkes sehen.“

Hier mußte Hitler seine getreuesten Nachläufer enttäuschen. Selbst die üblichen Nazi-Phrasen „gegen Young-Sklaverei“, „gegen Tribute und Zinsknechtschaft“ mußte Hitler hier beiseite lassen.

Das „Programm“ schließt mit den „wunderschönen Worten, die von den schwärzesten Reaktionen alle Zeiten benutzt wurden:

„Möge der allmächtige Gott unsere Arbeit in seine Gnade nehmen, unseren Willen recht gestalten.“

## Die Fragen des Zentrums

Um schon jetzt eine parlamentarische Mehrheit zu bekommen, haben Hitler-Hugenberg bekanntlich versucht, das Zentrum mit in die Koalition zu bekommen. Das Zentrum machte seinen Beschluß von der eindeutigen Beantwortung folgender präzisen Fragen abhängig:

1. Die Zentrumspartei wünscht über das Arbeitsprogramm der neuen Regierung genau unterrichtet zu sein.

2. Besonders wichtig wäre die Klärung folgender Einzelfragen:

a) Welche Sicherheiten können seitens der Reichsregierung dafür gegeben werden, daß ihre Maßnahmen sich im Rahmen der Verfassung halten?

b) Ist die Reichsregierung insbesondere bereit, bindende Zusicherungen zu geben da-

für, daß nicht auf Grund des sogenannten Staatsnotstandes verfassungswidrige Maßnahmen ergriffen werden?

c) Ist die Reichsregierung bereit, die baldige Rückkehr zu normalen verfassungsrechtlichen Verhältnissen in Preußen zuzusagen, und in welcher Weise will sie diese Normalisierung durchführen?

d) Ist die Reichsregierung bereit, im Interesse des bäuerlichen Berufsstandes wie auch aus volks- und nationalpolitischen Gründen die Wiederaufnahme des umfassenden Siedlungswerkes in Angriff zu nehmen und gegen alle Widerstände durchzuführen?

e) Ist die Reichsregierung bereit, die größten sozialen Härten der Notverordnungen zu beseitigen und welche Einzelmaßnahmen in dieser Richtung sind von ihr vorgesehen?

f) Ist es richtig, daß das Arbeitsministerium abgebaut werden soll und wesentliche Teile seiner Zuständigkeiten dem neuernannten Krisenminister unterstellt werden sollen?

g) Gedenkt die Regierung, das Koalitionsrecht im bisherigen Umfang aufrechtzuerhalten?

h) Wie steht die Reichsregierung zur Erhaltung der deutschen Sozialversicherung und des Tarifvertragsrechts?

i) Wie denkt die Reichsregierung einen gerechten Ausgleich zwischen der Förderung des deutschen Binnenmarktes und der lebensnotwendigen Ausfuhr zu sichern?

k) Ist die Reichsregierung bereit, Sicherheiten dafür zu schaffen, daß jede Form von Inflation unterbleibt und finanzpolitische Experimente, die von gewisser Seite privat propagiert wurden, wirksam abgewehrt werden.“

Hitler konnte und wollte keine Antwort darauf geben. In einem Brief an den Zentrumsführer Kaas soll Hitler erklärt haben, daß er in diesen Fragen eine Ablehnung des Zentrums erblicke.

Hitler-Hugenbergs Antwort ist — die Reichstagsauflösung.

## Der Sinn dieses Wahlkampfes

Mit dem 30. Januar, mit dem Tage des Regierungsantritts der Hitler und Hugenberg, soll nach den Worten der nationalsozialistischen Redner und der ganzen nationalen Presse ein neuer Abschnitt in der deutschen Geschichte begonnen haben. Vorläufig konstatiert man zwei Erscheinungen, die nicht gerade neuartig sind: Versprechungen und Ausschreibung von Parlamentswahlen.

„Die Regierung Hitler bereits in voller Tätigkeit“, so jubelte gestern die nationalsozialistische Presse. Was man bisher von dieser Tätigkeit bemerkte, ist — neben der Ernennung unzähliger „Parteiuchbeamter“ — die Verkündung eines Programms auf lange Sicht. In 48 Stunden, so hieß es früher, wollten die Nationalsozialisten, nach einem sorgfältig geheimgehaltenen Rezept, Deutschland retten. Jetzt brauchen sie, nach ihrer eigenen Erklärung, dazu vier Jahre. Statt 2 Tagen rund 1500 — an solch belangloser Fristverlängerung können natürlich nur kleinliche Geister Anstoß nehmen!

Leider erfahren wir aber auch nicht, wie die Rettung in diesen vier Jahren vor sich gehen soll. Das gestern verkündete sogenannte Programm der Reichsregierung enthält eine endlose Aneinanderreihung gehässiger, alle geschichtlichen Tatsachen fälschender Schmähungen des Geschehens von 1918 bis zu dem Tage, an dem Hitler durch die Gnade Gottes und des Reichspräsidenten in das Reichskanzlerpalais gerufen wurde. Dann folgt, sehr viel kürzer, das ganz allgemein gehaltene Versprechen, daß es in vier Jahren keine Not der Bauern und keine Arbeitslosigkeit mehr geben solle. Wie man dieses „Hochziel“ erreichen will, dafür findet sich in dem Aufruf, außer Hinweisen auf die geplante Arbeitsdienstpflicht und das bevorstehende Siedlungswerk („durchgeführt“ ausgerechnet durch die Vertreter der Großagrarier!), nicht der geringste Anhaltspunkt. Zum Schluß die auch nicht gerade neue Beteuerung: „Wir kämpfen nicht für uns, sondern für Deutschland“. So sprechen die Hugenberg und Papen, die zu allen Zeiten und gerade auch in den jetzt so geläuterten 14 Jahren (man denke nur an die Inflation!) stets einzig und allein an ihre materiellen Interessen gedacht haben, die Vertreter jener ostelbischen Junker, deren „Hingabe für Deutschland“ eben erst in den Enthüllungen des Osthilfeskandals eine so interessante Beleuchtung erfahren hat!

Außer der infamen Hetze gegen Kommunismus und Marxismus, außer nationalistischen Phrasen und leeren Versprechungen hat die Regierung nichts zu sagen. Daraufhin fordert sie Vertrauen auf Voranschau, daraufhin sollen ihr die Wähler am 5. März die Möglichkeit zu einem durch nichts mehr behinderten Diktaturregiment geben!

Die Regierung hätte leicht Gelegenheit gehabt, sich etwas deutlicher über ihre Absichten zu äußern. Das Zentrum hatte für 11 Fragen unterbreitet, die sich auf folgende wichtige Punkte beziehen: Respektierung der Verfassung, Wiederherstellung verfassungsmäßiger Zustände in Preußen, Durchführung des Siedlungswerkes, Beseitigung der Härten der Notverordnungen, Erhaltung des Reichsarbeitsministeriums, Wahrung des Koalitionsrechtes der Sozialversicherung und des Tarifvertragsrechtes, Ablehnung einseitiger Autarkiepläne und inflationistischer Absichten. Die Regierung hat es vorgezogen, auf diese Fragen nicht zu antworten. Keine Antwort ist, gerade in diesem Falle, auch

eine Antwort. Die Tatsache, daß die Regierung auf diese Frage die Auskunft verweigert, die bereits bekannt gewordenen Pläne der Regierung und die längst bekannten wirklichen Programme der Deutschen Nationalisten und der NSDAP — das alles wird auch noch im kommenden Wahlkampf eine viel größere Rolle spielen als das sogenannte Regierungsprogramm.

Die überstürzte Art der Auflösung des Reichstages ohne den (bei der Haltung des Zentrums durchaus aussichtsreichen) Versuch, eine Tolerierungsmehrheit zu erlangen, ist ein Akt politischer Verlogenheit, ein Ablenkungsmanöver. So wie die Fackelzüge mit ihrer geräuschvollen Musik und ihren nicht weniger geräuschvollen Reden die Zweifel und Fragen der eigenen Anhänger überhören sollen, so bezweckt das Tempo der Reichstagsauflösung, diese Begeisterungsstimmung auszunutzen und die Wähler in einem Moment zur Entscheidung aufzufordern, in dem noch nicht über Taten, sondern nur über Worte zu entscheiden ist. Bänden die Neuwahlen nicht fünf Wochen, sondern fünf Monate nach Hitlers Ernennung statt — wie möchte das Ergebnis für die NSDAP aussehen?

Der Sinn dieses Wahlkampfes liegt weiter in der Konkurrenz der beiden Parteien der Hitlerfront. Das Verlangen nach Neuwahlen ging von den Nationalsozialisten aus, und ihre Absicht ist dabei nicht zuletzt, ihre Position in der Reichsregierung wesentlich zu verbessern. Der Kampf um die Quote an der Regierungsbeteiligung, der schon in so mancher Wahlschlacht des Jahres 1932 ausgefochten wurde, soll jetzt zur Entscheidung getrieben werden. Die nationale Presse teilt mit, daß auch nach dem 5. März die Regierung unter allen Umständen aus Deutschnationalen und Nationalsozialisten bestehen bleiben soll. Das mag sein. Aber die Verteilung der Macht in der Regierung soll sich nach dem Willen der nationalsozialistischen Führer, sehr stark zugunsten der NSDAP verschieben. Herr Hitler dürfte bei diesem Wahlkampf viel wohler sein als Herr Hugenberg.

Hinter alledem steht natürlich die ausschlaggebende Absicht, einen willfährigen Reichstag zu erhalten; willfährig in der Zustimmung zu allen Handlungen der Regierung oder mindestens bereit, sich auf unabsehbare Zeit nach Hause schicken zu lassen.

Dieses Ziel kann die Regierung mit normalen Mitteln, durch einen Wahlkampf im Rahmen der verfassungsmäßig garantierten politischen Kampfmöglichkeiten nicht erreichen. Da sie es aber unter allen Umständen erreichen will, wird sie nicht zögern, anormale, mit der Verfassung nicht in Einklang stehende Maßnahmen zu ergreifen. Sie ist dazu entschlossen — ja, sie ist bereits dabei, diese Maßnahmen durchzuführen.

Die einseitigen Demonstrationsverbote gegen die KPD, die in Thüringen sogar schon zu einem Verbot aller gegen die Regierung gerichteten Versammlungen ausgedehnt worden sind, die von allen Seiten hereinbrechenden Verbote der kommunistischen Zeitungen, durch die die KPD schon in dieser Stunde in vielen Gebieten für die halbe oder gar die ganze Zeit des Wahlkampfes ihrer Presse beraubt worden ist, die geheimen Anweisungen, die der Naziminister Goering der preussischen Polizei zum schärfsten Kampfe gegen die KPD und gegen alle revolutionären Arbeiterorganisationen gegeben hat — diese bereits vor Eröffnung des Wahlkampfes feststehenden Tatsachen zeigen die Richtung, in der dieser Wahlkampf verlaufen wird. Der ganze Staatsapparat wird eingesetzt werden, um den Regierungsparteiern, vor allem der NSDAP, die Wählermassen zuzutreiben und auf der anderen Seite den Arbeiterparteien den Wahlkampf unmöglich zu machen.

Für uns ist es, und nicht erst seit heute, klar, daß die entscheidenden Auseinandersetzungen nicht auf dem Boden des neu zu wählenden Parlamentes stattfinden werden. Dennoch ist dieser Reichstagswahlkampf als Kampf für das Proletariat von großer Bedeutung. In diesen Wochen bis zum 5. März wird die gesamte Bevölkerung in einem außergewöhnlichen Maße in politische Erregung und Bewegung geraten. Diese Situation ergibt für das Proletariat entscheidend wichtige Gelegenheiten und Möglichkeiten, die proletarischen Massen aufzutüfteln, zu mobilisieren, geistig und organisatorisch auf die kommenden außerparlamentarischen Auseinandersetzungen vorzubereiten. In diesem Sinne müssen sofort die Kräfte aller proletarischen Organisationen in höchste Kampfbereitschaft gesetzt werden. Der Geist dieses Kampfes aber kann nur sein, in diesem Moment alle innerproletarischen Streitfragen zurückzustellen und mit größtem Eifer in größter Einheitlichkeit den gemeinsamen Feind zu schlagen. Dazu müssen die Führungen der beiden großen Arbeiterparteien gezwungen werden, denn das ist das Sehnen und der Wille der Massen und zugleich die gebieterische Forderung der Stunde!

## Schleichers Vertrauensleute müssen gehen

CNB. Der bisherige Leiter der Presseabteilung der Reichsregierung, Ministerialdirektor Marcks, verabschiedete sich heute mittig in der Pressekonferenz von den Vertretern der Berliner und der auswärtigen Presse.

CNB. Oberst von Reichenau ist an Stelle des Obersten von Bredow (eines besonderen Vertrauensmannes Schleichers) zum Chef des Ministeramtes im Reichswehrministerium ernannt worden. Zum Kommandeur der ersten Division und Befehlshaber im Wehrkreis I wurde Generalmajor von Brauchitsch, bisher Inspekteur der Artillerie, ernannt.

# Provokationen der Nazis — Verfolgung der KPD

## Nazis erschießen Landjäger

Homburg, 2. Februar.

In Homburg am Niederrhein ereigneten sich am Mittwoch schwere Zusammenstöße zwischen Nationalsozialisten und Landjägern, die mit 4 Toten und zahlreichen Leicht- und Schwerverletzten endeten. Unter den Todesopfern befindet sich der Führer der Homburger Landjäger, der von Nationalsozialisten erschossen wurde.

Die nationalsozialistische Aktion begann mit einem

Überfall auf den Lieferwagen der sozialdemokratischen Volkzeitung.

Ein SA-Führer warf die im Wagen enthaltenen Zeitungsexemplare in den Rhein und zwang den Wagenführer mit vorgehaltener Pistole, die Nationalsozialisten in ihr Heim zu fahren.

In den Straßen hatten die Nazis provozierend auf und trugen Stahlrufen und Revolver zur Schau. Als gegen 10 Uhr vormittags aus dem benachbarten Hochheide ein Trupp Kommunisten heranzog, fürchteten die Landjäger Zusammenstoß und begannen daher, die Straßen von den Demonstranten zu säubern.

Hierbei stießen sie auf heftigen Widerstand der gut bewaffneten Nationalsozialisten. Es entspann sich ein Feuergefecht,

bei dem, wie oben gemeldet, der Führer der Landjäger erschossen wurde. Die kommunale Polizei und schließlich Schupoverstärkungen aus Duisburg und Krefeld wurden herbeigerufen, aber erst gegen Abend konnte die Ruhe wieder hergestellt werden.

Wie „von zuständiger preussischer Stelle“ mitgeteilt wird, hat der Reichskommissar für das Preussische Innenministerium, Herr Goering, sofort strengste Untersuchung angeordnet und bis zur Klärung der Angelegenheit

den Ortspolizeiverwalter sowie sämtliche Landjäger, die auf Nationalsozialisten geschossen haben, vom Dienste suspendiert.

In der gleichen amtlichen Meldung wird in der unerhöhten Weise den Kommunisten die Schuld an diesem Feuergefecht der Nationalsozialisten gegen die Landjäger zugeschoben. (I)

Diese Behandlung der unerhöhten Vorfälle durch den nationalsozialistischen Minister zeigt, in welcher Weise die neuen Herren ihre nationalsozialistischen Anhänger unter allen Umständen in Schutz zu nehmen gedenken. Gleichzeitig ergibt sich aus diesem Beispiel, mit welcher Vorsicht jetzt alle Meldungen über angebliche kommunistische Greuelthaten aufgenommen werden müssen. Die nächsten Tage werden eine weitere Steigerung der systematischen Kommunistenhetze bringen zu dem Zweck, dann den Vorwand für ein radikales Vorgehen gegen die KPD zu haben. Außerstes Mißtrauen gegenüber allen solchen Meldungen ist also am Platze!

## Attentat gegen Reichsbannerkämpfer

Berlin, 1. Februar.

CNB. Im Vorort Falkensee wurden heute früh in den Vorgarten eines Hauses mehrere Handgranaten geworfen, die die Vorderseite des Hauses schwer beschädigten. Wie die polizeilichen Ermittlungen ergeben haben, dürfte das Attentat einem Reichsbannerkämpfer gegolten haben.

## Überall blutige Zusammenstöße

Wanne-Eickel, 1. Februar.

WTB. Während eines Fackelzuges der NSDAP kam es Dienstag Abend zu Störungsversuchen von kommunistischer Seite. Polizeibeamte wurden aus einem Hause erschossen. (??) Die Beamten machten darauf von der Schußwaffe Gebrauch. Fünf Personen erhielten Schußverletzungen. Vier Verwundete gehören der KPD an.

Milspe, 2. Februar.

WTB. Bei einem Umzug der Nationalsozialisten und der Stahlhelmer kam es gestern Abend zu Zusammenstößen mit Andersdenkenden, in deren Verlauf auch einige Schüsse fielen. Drei Personen trugen schwere Verletzungen davon.

## Große Polizeiaktionen in Charlottenburg

Berlin, 1. Februar.

CNB. In der Wallstraße in Charlottenburg, in der am Montag im Anschluß an den Fackelzug der Nationalsozialisten und des Stahlhelms ein Zug Nationalsozialisten beschossen worden war, fand heute Nachmittag eine große Razzia der Kriminalpolizei mit Unterstützung eines großen Aufgebots uniformierter Polizeibeamter statt. Es sollte vor allem nach versteckten Waffen gesucht werden. Punkt 4 Uhr rollten zahlreiche Lastkraftwagen mit Polizeibeamten, zum Teil mit Karabinern ausgerüstet, in die Wallstraße. Die

Beamten riegelten sofort alle Zugangsstraßen ab und besetzten alle Hauseingänge und Höfe. Die Straße wurde geräumt und alle Personen aufgefordert, in die Häuser zu gehen. Immer wieder hörte man von den Beamten die Warnung, die Fenster zu schließen und sich von den Balkons zu entfernen. Niemand durfte das Sperrgebiet verlassen oder betreten; alle Führerwerke wurden sofort angehalten und wurden ebenfalls nach Waffen durchsucht.

Die Durchsuchung zog sich bis in die späten Nachmittagsstunden hin, da jede einzelne Wohnung gründlich durchsucht wurde. Inzwischen hatten sich zahlreiche Passanten angesammelt, die aus dem Sperrgebiet heraus wollten. Die Polizei gab einen Ausgangspunkt aus dem Sperrgebiet frei. Das Publikum mußte sich vorher in einem Haus für eine Durchsuchung nach Waffen unterziehen.

## Verhaftungen

Berlin, 1. Februar.

CNB. Die Polizei hat in der vergangenen Nacht insgesamt 59 Personen wegen verschiedener Delikte festgenommen und zum Polizeipräsidium gebracht. Davon gehören 29 der NSDAP und 28 der KPD an.

## Demonstrationsverbote gegen die KPD

Berlin, 1. Februar.

CNB. Der Polizeipräsident hat wegen Aufforderung von kommunistischer Seite zum Generalstreik und der dadurch hervorgerufenen unmittelbaren Gefahr für die öffentliche Sicherheit bis auf weiteres alle Versammlungen unter freiem Himmel und Umzüge der Kommunistischen Partei Deutschlands und der ihr angeschlossenen Hilfs- und Nebenorganisationen im Stadtbezirk Berlin verboten.

Oleiwitz, 1. Februar.

WTB. Mit Rücksicht auf die von der Kommunistischen Partei systematisch betriebene Hetze zum Massenstreik und die dadurch hervorgerufene unmittelbare Gefahr für die öffentliche Sicherheit hat der Polizeipräsident für den Umfang des Polizeibezirks Olewitz alle öffentlichen Versammlungen und Umzüge der Kommunistischen Partei und ihrer verwandten Organisationen mit sofortiger Wirkung verboten. Ein gleiches Verbot ist in Liegnitz erfolgt.

## Korruptionsverteidiger — Staatssekretäre

„DAZ“ meldet: Im Zuge der geplanten wichtigen Personalveränderungen besteht, wie wir hören, der Plan, die Staatssekretariate in den beiden landwirtschaftlichen Ministerien mit Vorstandsmitgliedern des Reichslandbundes zu besetzen: Staatssekretär im Preussischen Landwirtschaftsministerium soll der nationalsozialistische Landbundpräsident Willikens werden, Staatssekretär im Reichsernährungsministerium der nationalsozialistische Direktor im Landbund, Abgeordneter v. Sybel.

Damit sind an die entscheidenden Wirtschaftsstellen die schlimmsten großagratischen Draufgänger für höchste Zölle und Sperrung der Grenzen gestellt. Die Folgen müssen katastrophal sein.

v. Sybel ist außerdem der Mann, der die schamlosen Osthilfe-Millionenschleubungen der Großagrarien um Oldenburg-Januschau zur Bestehung der Masse der Kleinbauern verteidigte.

Das ist die wirkliche Kleinbauernhilfe Hitlers!

## Gürtner bleibt Reichsjustizminister

Berlin, 1. Februar.

WTB. Der Reichspräsident hat auf Vorschlag des Reichskanzlers den bisherigen Reichsminister der Justiz, Gürtner, in seinem Amte als Reichsminister der Justiz bestätigt.

## Beschluß der Bayerischen Volkspartei

Berlin, 1. Februar.

VDZ. Die Reichstagskorrespondenz der Bayerischen Volkspartei teilt mit:

„Die Reichstagsfraktion der Bayerischen Volkspartei nahm Stellung zur politischen Lage. In der Fraktion kam einmütig die Anschauung zum Ausdruck, daß insbesondere die wirtschaftliche Notlage eine Regierung auf breiter nationaler und sozialer Grundlage erfordert hätte. Dieser Forderung entspreche ein Kabinett Hitler-Papen-Hugenberg nicht.“

Lübeck, 1. Februar.

Nachdem es schon gestern Abend Zusammenstöße zwischen Nationalsozialisten und politischen Gegnern von ihnen gegeben hatte, kam es auch heute Vormittag mehrfach zu Zusammenrottungen und Demonstrationsversuchen. Der Senat hat im Hinblick auf den Vorfall in der vergangenen Nacht zu nächst alle Versammlungen und Umzüge unter freiem Himmel untersagt.

## Vernichtungsfeldzug gegen die KPD-Presse

Essen, 1. Februar.

WTB. Der Regierungspräsident in Düsseldorf hat das kommunistische „Ruhrecht“ in Essen sowie dessen Kopfbücher auf die Dauer von vier Wochen verboten.

Stuttgart, 1. Februar.

Das Innenministerium hat die kommunistische „Süddeutsche Arbeiterzeitung“ wegen Ausfahrungen hochverratlichen Inhalts auf acht Tage verboten.

Düsseldorf, 1. Februar.

Die hiesige kommunistische Zeitung „Freiheit“ ist mit sofortiger Wirkung auf die Dauer von vier Wochen verboten worden. Als Grund für dieses Verbot wird Aufforderung zum Massenstreik angegeben.

Königsberg, 1. Februar.

Wie das Polizeipräsidium mitteilt, wurde die Dienstag-Ausgabe der kommunistischen Zeitung „Echo des Ostens“ wegen „Aufforderung zum Generalstreik“ beschlagnahmt. Bereits die Montag-Ausgabe des kommunistischen Blattes war wegen „Aufforderung zum politischen Massenstreik gegen das faschistische Terrorregiment“ verboten worden.

Leipzig, 1. Februar.

Das Polizeipräsidium teilt mit: Im Laufe des gestrigen und heutigen Tages erfolgten mehrere Festnahmen von Personen, die Flugblätter der kommunistischen Partei vertrieben, in denen zum Generalstreik aufgefordert wurde. Die Flugblätter wurden beschlagnahmt. Die heutige Ausgabe der „Sächsischen Arbeiterzeitung“ ist, da in ihr ebenfalls zum Massen- bzw. Generalstreik aufgefordert wird, beschlagnahmt worden.

## Bayrischer Landtag

München, 1. Februar.

WTB. Der Landtag beschloß nach einer zum Teil sehr lebhaften und erregten Aussprache gegen die Stimmen der Nationalsozialisten und Kommunisten den Antrag auf Wahl des Ministerpräsidenten von der Tagesordnung abzusetzen. Weiter lehnte das Plenum eine kommunistische Entschließung ab, durch die gegen die Ernennung Adolf Hitlers zum Reichskanzler protestiert werden sollte.

## SPD-Reichstags- Abgeordneter durch Nazis verwundet — und verhaftet!

Lübeck, 1. Februar.

Gestern Abend wurde der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Leber von einer Bande von Nationalsozialisten überfallen und durch einen Messerstich am Auge verletzt.

Leber ging abends in Begleitung von zwei Reichsbannerleuten vom Gewerkschaftshaus nach Hause. Er wurde mehrere Male von Nationalsozialisten angerepelt. Schließlich fiel eine Bande von 12 Nationalsozialisten über ihn und seine Begleiter her. Leber wurde durch einen Messerstich ins Gesicht verletzt. Einer der ihn begleitenden Reichsbannerleute schlug einen der Angreifer zu Boden, daß er in der Nacht noch starb.

Im Zusammenhang mit der Tötung des Marinesturmmannes der NSDAP, Brückmann, durch einen Reichsbannermann, ist auch das Reichstags- und Bürgerschaftsmitglied der SPD, Dr. Leber, verhaftet worden. Nachdem Leber vorübergehend aus der Haft entlassen worden war, ordnete die Staatsanwaltschaft am Nachmittag die neuerliche Festnahme Dr. Lebers, angeblich wegen Verdunkelungsgefahr an.

## Zwei Reichsbannersekretäre schwer verletzt

Cottbus, 1. Februar.

Vor dem Volkshaus kam es in der Nacht zum Sonntag zwischen Reichsbannerleuten und Nationalsozialisten zu einer blutigen Schlägerei, wobei auf Seiten des Reichsbanners die Verbandssekretäre Wehlan und Bränig schwer verletzt wurden.

## Arbeitersportler protestieren

(Die Arbeiter-Athleten des Bezirks Bremen-Nordwest gegen Sportabzeichen und Leistungsprüfung.)

Am 22. Januar fand im Bremer Volkshaus der Bezirkstag des AAB, Bezirk Bremen-Nordwest, statt. Vertreten waren die Ortsgruppen Bremen, Verden, Wilhelmshafen, Bremerhaven, Veesack und Blumenthal. Im Mittelpunkt der Diskussion stand die rückläufige Mitgliederbewegung und die daraus entstehenden finanziellen Schwierigkeiten. Der größte Teil der Delegierten brachte zum Ausdruck, daß die mangelnde Organisationsfestigkeit auf die ungenügende Erziehungsarbeit im sozialistischen Sinne zurückzuführen sei. Besonders scharf wurde gegen die Verwischung der Gegensätze zwischen Arbeitersport und bürgerlichem Sport, was sich in der Einführung des Sportabzeichens und der Leistungsprüfung durch

### Heute 20 Uhr Parteischule Helm Sonnenstraße

Die Bundesführung äußert Stellung genommen. Bekanntlich wurde diese bürgerliche Neuerung eingeführt, um den Mitgliedern des ATSB und des AAB die Möglichkeit zu geben, in der Marine oder Reichswehr eintreten zu können.

Anschließend an die Diskussion wurde von dem Genossen Stein, SAP, folgende Resolution eingebracht und von der Konferenz mit großer Mehrheit angenommen:

„In der Einführung der Leistungsprüfung und des Sportabzeichens in der Ausprägung von Einzelmeisterschaften im AAB sieht der Bezirkstag eine Konzession an die augenblicklich von der gesamten Reaktion erzeugten nationalistischen und militaristischen Stimmung in der breiten Masse. Das beweist die Begründung zur Einführung der Leistungsprüfung bzw. des Sportabzeichens in der Athletik:

„Es muß den Mitgliedern des ATuSB und des AAB der Eintritt in die Reichswehr und in die Marine ermöglicht werden.“

Diese Auffassung steht im prinzipiellen Gegensatz zu den programmatischen Erklärungen von Luzern, in denen ein klares Bekenntnis gegen Nationalismus und Militarismus abgelegt wurde.

Der Bezirkstag verlangt vom AAB in dieser Frage unbedingte Prinzipienfestigkeit.

Der grundsätzliche Unterschied zwischen bürgerlichem und Arbeitersport besteht doch gerade darin, daß wir Massensport treiben und die bürgerlichen Individualsport. Mit der Einführung der Einzelmeisterschaft werden die Gegensätze zwischen Arbeiter- und bürgerlichen Sportvereinen zwangsläufig verwischt werden. Die Aufgabe, die wir neben der körperlichen Erziehung der Arbeiterklasse zu lösen haben, nämlich die Erziehung der Mitglieder im sozialistischen Sinne, wird durch die dann eintretende Rekordsuche unmöglich gemacht. Das Prinzip der sozialistischen Erziehung wird dadurch durchlöcher. Der Bezirkstag lehnt aus oben stehenden Gründen die Leistungsprüfung, das Sportabzeichen sowie die Austragung von Einzelmeisterschaften ab.“

Bei den Wahlen zum Bezirksvorstand wurden die Genossen Stein und R. Werner (SAP) als Bezirksjugendleiter, Presnawart, Schriftführer und Jiu-Jitsu-Leiter für den Bezirk gewählt.

Die scharfe Frontstellung der Arbeiter-Athleten gegen die Einführung der Leistungsprüfung auf diesem Bezirkstag muß allen oppositionellen Sportgenossen in den übrigen Vereinen Ansporn sein, mit derselben grundsätzlichen Schärfe den Versuchen der Bundesführung in ATSB und AAB entgegenzuwirken, nationalistische Tendenzen in die Arbeiter-sportbewegung hineinzutragen.

### Auch in Kamenz i. Sa.

In der letzten Turnvereinsversammlung lehnten es die Mitglieder, ab, das Sportabzeichen einzuführen, weil dadurch Mitglieder zweiter Klasse geschaffen werden und es den Grundsätzen, den Massensport zu pflegen, widerspricht. Weiter lehnten die Mitglieder ab, Vorturner zu stellen für das Netzwerk der Jugend, an welchem bürgerliche Vereine teilnehmen.

## Aus aller Welt

### Die Strandung des Fischdampfers „Mond“

Wesermünde, 2. Februar.

Zu der Meldung, daß der deutsche Fischdampfer „Mond“ in Seenot geraten und seine Mannschaft von einem englischen Dampfer aufgenommen sei, wird jetzt ergänzend gemeldet, daß der englische Dampfer die Besatzung an den Fischdampfer „Antares“ der Wesermünder Reederei Nordstern abgegeben hat. Dampfer „Antares“ hat seine Fangreise unterbrochen und mit den Geregneten die Heimreise angetreten.

### Schweres Rodelunglück

Meiningen, 1. Februar.

Ein mit sechs jungen Leuten und Mädchen aus Dreißigacker besetzter Rodelschlitten fuhr in der vergangenen Nacht die vereiste steile Chaussee von Dreißigacker nach Meiningen hinab. Kurz vor dem Ende der Fahrt stieß der Schlitten gegen die Mauer eines Bergkellers. Der Anprall war so heftig, daß einer der jungen Leute sofort tot auf der Stelle liegen blieb, während vier weitere mit teils schweren, teils leichteren Verletzungen ins Krankenhaus gebracht werden mußten.

### Angeblich auf der Flucht erschossen

Cannalot, 1. Februar.

Ein Dienstmädchen sollte gestern zur Verbüßung einer Strafe vom Krankenhaus nach dem Amtsgericht gebracht werden. Auf dem Wege dorthin versuchte das Mädchen angeblich zu entfliehen. Der begleitende Polizeibeamte schoß hinter dem Mädchen her und traf die Fliehende so unglücklich in den Hals, daß sie auf der Stelle tot war.

Die Melodie kennen wir: „Auf der Flucht erschossen“.

### Grippe greift in Berlin um sich

Weitere Schulklassen geschlossen

Berlin, 1. Februar.

Der gestrige Tag brachte ein erhebliches Anschwellen der Grippeerkrankungen in Berlin. Die Allgemeine Ortskrankenkasse meldete gestern 372 Zugänge gegen 393 am Tage vorher und rund 50 zu Beginn des Monats Januar. Eine größere Anzahl von

### Hauptversammlung des ZdA Liegnitz

Das Jugendhilfswerk ein „Segen“  
Wüste Hetze gegen die SAP

Den Jahresbericht erstattete Kollege Baum. Viel Erfreuliches war daraus nicht zu entnehmen. Sehr ausführlich beschäftigte er sich mit dem Nothilfswerk der Jugend. Wer aber geglaubt hatte, daß das ir ablehnender Form geschehen würde, hatte sich schwer getäuscht. Das Jugendhilfswerk ist für ihn nicht ein weiterer Schritt zur Arbeitsdienstpflicht und zur Militarisation der Jugend, sondern ein Segen.

Als 1. Bevollmächtigter wurde Kollege Pusch wiedergewählt. Um eine Verjüngung des Apparates durchzuführen, wurde als 2. Bevollmächtigter Jakob Kaufmann gewählt. Nun, zu dieser Wahl hätten wir auch etwas zu sagen. Zunächst: Jakob Kaufmann, unseren herzlichsten Glückwunsch zu dem „endlich erreicht“. Wir wissen die Anstrengungen, die du unternommen müßtest, um dieses Ziel zu erreichen, voll zu würdigen. Aber der Weg über das Herunterreißen ehemaliger Mitarbeiter, welche ihre politische Gesinnung nicht verkaufen, ist heute der einzig mögliche, um etwas zu erreichen. Was nun die „Verjüngung“ des Apparates anbelangt, so haben sich die Angestellten in Jakob Kaufmann einen jungen Greis gewählt. Denn letzten Endes kommt es ja nicht nur auf die altersmäßige, sondern vor allem auf die ideologische Verjüngung an.

Schulklassen in den verschiedenen Bezirken — zurzeit im ganzen 39 — mußte geschlossen werden, weil bis zur Hälfte der Kinder wegen Grippe, Erkältungskrankheiten oder Masern fehlte. Es ist also etwa eine Verzehnfachung in der Häufigkeit der Fälle eingetreten.

### John Galsworthy gestorben

Der englische Schriftsteller John Galsworthy ist im 65. Lebensjahre gestorben. Er steckte mitten in der Arbeit für den dritten Band seiner Trilogie, sein Tod kam plötzlich, Bluterkrankung war die Ursache.

John Galsworthy war ein liebevoller Gestalter der englischen Großbourgeoisie, er schilderte gesellschaftliche Gegensätze, aber versuchte nie, entschiedene Gesellschaftskritik zu üben. Er kannte und verstand die englischen Bürger wie selten einer zuvor, er kratzte die hohen Heeren, aber er biß sie nicht, er stachelte, aber behutsam, er ging mit seiner Kritik soweit, wie die Kritisierten sie vertragen konnten, ohne ihm zu großem. Er war der gelehrteste englische Schriftsteller seiner Zeit, seine Dramen sind in vielen Ländern aufgeführt worden, in Berlin hat Reinhardt seine Studie „Gesellschaft“ herausgebracht.

Galsworthys soziale Herkunft war für sein Schaffen bestimmend. Er entstammte einer angesehenen und begüterten Rechtsanwaltsfamilie, seine Jugend verbrachte er vorwiegend in London, und später studierte er Rechtswissenschaften, um sich nach Absolvierung der Universität als Jurist niederzulassen. Diesen Beruf hat er weit mehr als ein Jahrzehnt ohne große Liebe ausgeübt, er war immerhin vierzig Jahre alt, als er zu schreiben begann.

Seine mit viel Erzählerkunst geschriebenen Romane waren stets große Erfolge. Ihm stand eine Fülle von Kenntnissen aus dem Milieu, das er gestaltete, zur Verfügung, er war überhaupt ein vielseitig interessierter Mensch, und in den letzten Jahren seines Lebens hat er viel geschrieben. Seine Romane sind in zahlreichen Sprachen übersetzt worden, in Deutschland wurden wohl alle seine Werke übersetzt.

Kurz vor seinem Tode, im November 1932, ist ihm der Nobelpreis verliehen worden. Er war nicht der bedeutendste Schriftsteller unserer Zeit, aber wohl einer der bemerkenswertesten bürgerlichen Schriftsteller, die nicht gegen ihre Klasse auftraten. Ihn verbunden enge Beziehungen mit dem PEN-Club, und so bemühte er sich um eine internationale bürgerliche Verständigung.

Unter Punkt Verschiedenes brachte Koll. Petrowsky (SAP) den Hinweis auf des Kollegen Hult aus der öffentlichen Versammlung des Z. d. A. zur Sprache. An Hand der Versammlungseinladungen in der „Volkszeitung“ wies er die völlige Parteilichkeit des Vorstandes in der Behandlung dieser Frage nach. Er protestierte auf das schärfste gegen die Gepflogenheiten in den Gewerkschaften, zwei Sorten von Mitgliedern zu schaffen, und die Gewerkschaften zu Anhängeln der SPD zu machen. Mit diesen Methoden ist der Sache der Arbeiterbewegung wenig gedient. Vom Vorstandshoch aus wurde zugegeben, daß man in dem Kollegen Hult nicht das Gewerkschaftsmitglied, sondern den Vorsitzenden der SAP gesehen habe. Was die übrigen Diskussionsredner sagten, war eine einzige wüste Hetze gegen die SAP. Die alte Platte von der längst gestorbener Sozialpartei wurde laufen gelassen und der ganze Schatz an Lügen, Verleumdungen und Kosenamen erneut ausgegraben. Als Genosse Petrowsky noch einmal zu den Ausführungen der Redner Stellung nahm und ihnen dabei einige unangenehme Wahrheiten sagte, wurde er niedergeböhlt. Daß aber nicht alle Z. d. A.-Mitglieder mit den Schreibern einer Meinung waren, bewiesen die zahlreichen Zustimmungserklärungen, die Genosse Petrowsky, allerdings nach Schluß der Versammlung, von den Kollegen erhielt. Die tote SAP wird jedenfalls noch mandmal zeigen, daß sie lebt, und einmal die Verjüngung der Bewegung in unserem Sinne durchführen.

## ORGANISATIONS NACHRICHTEN



Bezirk Mittelschlesien

Sekretariat: Breslau, Gartenstraße 21. III  
Telephon 54/66

Stadtleiter! Heute abend, 18 Uhr, im Parteibüro Sitzung  
Distrikt 18, 21, 22: Frauenversammlung Freitag, den 3. Februar, um 20 Uhr, im Heim Meliggasse, Ködner; Gen. Rasch.



Sekretariat: Gartenstraße 21. III.  
Sprechstunden Dienstag, Mittwoch und Freitag von 10—12 Uhr und Donnerstag von 18—20 Uhr

Heim 8 (Alterengruppe), Donnerstag Fortsetzung unserer Arbeitsgemeinschaft „Das kommunistische Manifest“.

Monatliche Jugend (Zentral). Achtung! Heute, 20 Uhr, ist alles im Heim Friedrich-Wilhelm-Str. 45. Als Ersatz für Dienstag wird heute ein Zentralabend durchgeführt. Wir führen eine Arbeitsgemeinschaft über die augenblickliche politische Lage durch. Referent anwesend. Gäste willkommen.

Arbeitsgemeinschaft der Arbeiterkinderfreunde.

Alle Elternmitglieder, Parteigenossen, Gesangsvereine ers. herein am Sonntag, den 5. März 1933, im großen Saal von Hoffmanns Festsaal, Papowitz, zum proletarischen Tanzfest unter dem Titel: „Frotz alter Nothzeiten“ (17 bis 11 Uhr). — Darbietungen: — Verlosung. — Einlaß 16 Uhr, Beginn 17 Uhr, Ende? — Eintrittspreis im Vorverkauf 30 Pf. einschl. Steuer. — Kinder haben keinen Zutritt. — Karten in allen Heimen der Arbeiterkinderfreunde, bei allen Helfern, und in dem Parteibüro, sowie in der Geschäftsstelle der SAZ erhältlich. Arbeiterkinderfreunde Breslau (SAK)

Alle Jung- und Roffalken erscheinen am Sonntag, den 5. März, zur Falkenpflichtversammlung. Fahnen und Wimpel sind mitzubringen. Falkenkleidung

### Oppositions-Versammlung

der im Freidenkerverband organisierten Genossen.

Am Montag, den 6. Februar, 20 Uhr, im Zentral-Ballsaal

Eintritt nur gegen Vorzeigen des Freidenkermittgliedsbuches und nur gegen Vorzeigen der Mitgliedabücher der SAP, KPD und KPO.

unter Mantel oder Jacke ziehen. Folgende Treffpunkte und Marschstraßen sind genau zu beachten.  
Abteilung Ohlauer Tor: Treffen um 14.30 am Brodener Platz, geht Laurentzienstr., Schweidnitzer Str., Platz der Republik. — Abteilung Scheiniger: Treffen 14.15 am Brauereid Tiergartenstr., gehen Scheiniger Str., Leasingbrücke, am Ohlauufer, an der Regierung, Breitestr., Neumarkt, weiter wie Abteilung Odertor.  
Abteilung Odertor: Treffen um 14.30 an der Waterloostraße, marschieren Blücherstr., Gneisenaustr., Sandstraße, Neumarkt, hier schließt Abt. Innere Stadt an, Katharinenstr., Taschenstr., Zwingenstr., Platz der Republik.  
Abteilung Pöpelwitz marschiert um 14.30 vom Schlachthof Frankfurter Str., Friedrich-Wilhelms-Straße, an der Andersonstr., schließt sich Abteilung Nikolaitor an, weiter nach Königplatz, Wallstraße, nach dem Platz der Republik.  
Abteilung Strehliener Tor trifft sich um 14.30 Hubert-Merkelstr., marschiert Hubertstr., Brüderstr., Tauenzienstr., wie Abteilung Ohlauer Tor.  
Abteilung Gräbchen von Sonnenstr., Siebenhufener Straße. Treffen um 15 Uhr, marschiert Sonnenstr., Graupenstr., Platz der Republik.  
Der gesamte Zug marschiert vom Platz der Republik nach der Graupenstr., Sonnenstr., in das Heim.

### Kleine Sportnachrichten

ArbeiterRads u. Kraftfahrerbund „Solidarität“ Ortsgruppe Brockaus-Tschansch. Freitag, den 3. Februar, 19.30 Uhr, Vereinsversammlung bei Taube. — Sonnabend, den 11. Februar, Maskenball bei Moser in Groß-Tschansch.

ArbeiterBarnarbeiter-Kolonnen Groß-Breslau. 8. Abteilung: Freitag, 20 Uhr, bei Thiel, Stabelwitz, Monatsversammlung.  
Erweiterter Kolonnenvorstand: Sonnabend, um 19.15 Uhr, im Gewerkschaftshaus, wichtige Versammlung.

Verantwortlich: Bruno Secher Breslau inseriert Herbert Secher z. Breslau: Verlag: Sozialistischer Verlag G. m. b. H. Breslau, Lohndruck Th Schetzky A-G, Breslau, Neue Graupenstr. 7.

Expedition: Breslau Gartenstr. 21 3 Treppen. Telephon 206 02.

Alle Zahlungen sind zu leisten: an Walter G e b u r t. Breslau 5 Gartenstr. 21. Postcheckkonto Breslau 757 89 oder Städtische Sparkasse Breslau Kontonr. 102 92.  
Inseratenpreis: Berechnung erfolgt auf Grund unserer Tarife.

**STADTTHEATER**  
Donnerstag, 19.30—22.45  
Abonn.-Vorst. D 10  
**Tannhäuser**  
Freitag, 19.30—gegen 23  
Abonn.-Vorst. C 10  
**Die Fledermaus**  
Sonnabend, 19.10—gegen 23  
**Tango um Mitternacht**  
Herren- und Damen-Polka, Fahrräder, Möbel, Federbetten, Herren- und Damen-Uhren und viele andere Sachen  
**Leihhaus-Brüll & Co**  
Mathiasstraße 88

**LOBETHEATER**  
Donnerstag, 20.15—22.15  
Letztes Gastspiel  
**Der blaue Vogel**  
Freitag, 20.15—22.45  
**Zu wahr, um schön zu sein**  
Sonnabend 20.15 (u. täglich)  
Zum 1. Male!  
**Donna Diana**  
Lustspiel von Moreto  
**GERHART-HAUPTMANN THEATER**  
Täglich 20.15—22.20  
und Sonntag 15.30  
**Schneider Wibbel**  
Sonnabend, 20.15 (u. tägl.)  
Zum 1. Male!  
**Die Wolfe**  
Drama von Romain Rolland

Am 29. Januar starb nach schwerer Krankheit unser Genosse  
**Auguste Ambrosius**  
im Alter von 61 Jahren.  
Wir verlieren in ihr eine treue Mitkämpferin für die Sache des Proletariats.  
Breslau, den 1. Februar 1933.  
**Sozialistische Arbeiter-Partei**  
Ortsgruppe Breslau, Distrikt 6.  
Einsäherung: Freitag, 15 Uhr, im Krematorium Gräbchen.

Am 29. Januar starb nach schwerer Krankheit unser Genosse  
**Wilhelm Schlemer**  
Wir verlieren in ihm einen eifrigen Funktionär und treuen Mitkämpfer für die Sache des Proletariats u. den Sozialismus.  
Dortmund-Hörde, den 1. Februar 1933.  
**Sozialistische Arbeiter-Partei**  
Ortsgruppe Hörde.  
Die Beisetzung hat bereits stattgefunden.

**Pfänder-Versteigerung**  
Berliner Platz 2  
am Donnerstag, den 9. Februar 1933  
vormittags 9 Uhr  
rote Scheine bis Nr. 25000  
Bietungskautions RM. 10.—  
Gemeinnütziges Pfandleihhaus  
der Stadt Breslau G. m. b. H.  
Schubert.

**s a z buchvertrieb**  
jetzt auch gartenstraße 21  
bietet ständig große auswahl in guten u. preiswerten büchern. besonders empfehlenswert u. a.:  
fritz sternberg, niedergang des deutschen kapitalismus, ganzleinen, nur mk. 4.50  
m. n. roy, revolution und konterrevolution in china, broschiert, nur mk. 2.—  
rote bücher, broschüren, arbeiter-kalender, „roter pionier“.  
nach auswärts wird porto berechnet.

**Werbt  
Abonnenten!**

# Neues 1914 droht

Mit dem Tago des Reglerungsantritts Adolf Hitlers ist eine neue Welle chauvinistischer Begeisterung in breiten Schichten des deutschen Kleinbürgertums ausgelöst worden. Der nationale Mob rast in den Straßen der Großstädte und verlangt seine Opfer. Die Presse der Faschisten aller Couleur überschlägt sich in byzantinischen Berichterstattung und der Tenor, der sich in aller Spalten wiederfindet, ist „Ausbruch der Nation“, — „Ein neues 1914.“

Wie in Berlin, Weimar und vielen anderen Städten Deutschlands, so veranstalteten auch in Breslau SA und Stahlhelm eine „nationale Siegesfeier“ auf dem Platze der Republik, welche (und das kennzeichnet immerhin den „neuen Kurs“) zu allen Ueberflut noch im Radio verbreitet wurde. Tausenden und Abertausenden werktätigen Radiohörer wurde damit eine Veranstaltung, sowie die blutrünstige Rede des Fememörder Heines aufgezungen, zu der sie in schroffstem Widerspruch stehen. Diese Rede war, so arm auch an Geist, ein einziges Bekenntnis zum Krieg.

„Das deutsche Volk hat endlich den Schlapphut und den Regenschirm, wie in den Augusttagen 1914, mit dem Sturmhelm vertauscht.“

so krächte dieser Gernegroß mit heiserer Stimme unter dem frenetischen Jubel seiner Anhänger. Auch der Stahlhelm-Redner bewegte sich auf demselben Gebiete. Er forderte die allgemeine Wehrpflicht und betonte, daß der Arbeitsminister Selbde bereits dabei sei, die Arbeitsdienstpflicht für die Jugend zu verordnen. Was sonst gesagt wurde, war außer einigen schnurrenden Kommandos rein gar nichts. Und es ist bezeichnend für das geistige Niveau dieser „nationalen Front“, und tragisch für die deutsche Arbeiterschaft, daß die plattesten Seichtbeutereien vermögen, Kleinbürgerherzen jubeln zu lassen.

Aber durch noch mehr zeichneten sich die faschistischen Redner aus: Glühender Haß gegen die moderne Arbeiterbewegung und den Marxismus. Ihr Wunsch, diese mit Stumpf und Stil auszurotten. Darum die unerhörtesten Drohungen, die, wenn sie ein proletarischer Redner ausgestoßen, zu seiner sofortigen Verhaftung geführt hätten. Aber hier erlauben sich üble politische Karriere-macher kleinsten Formats, im offiziellen Scheinwerferlicht der Polizei, verbrecherische Bemerkungen über große Massenorganisationen im gleichen Atemzug mit der Beteuerung der „großen deutschen, alle Klassen umfassenden Volksgemeinschaft“, zu machen, ohne daran gehindert zu werden.

Vielen klassenbewußten Arbeitern, die in den letzten Tagen Gelegenheit hatten, den nationalistischen Siegesrummel mit eigenen Augen zu schauen, drängt sich jetzt die Frage auf: „Wie konnte das alles geschehen? Wie konnte die starke deutsche Arbeiterklasse, ausgerüstet mit den Erfahrungen aus den Jahren 1914 und 1918, einen solchen tiefen Fall und die faschistische Konterrevolution einen solchen Aufstieg nehmen?“

Wir haben in diesen Spalten schon des öfteren dargelegt, daß, wenn es sich um die subjektive Ursache handelt, die deutsche Sozialdemokratie die Hauptschuld trägt, indem sie der Revolution den Genickstoß gab und die Konterrevolution einleitete. Die Regierung Hitler stellt so nur einen konsequenten Abschluß einer von der SPD begonnenen Entwicklung dar. Dennoch waren sich am 9. November 1918 alle Arbeiter einig in dem heiligen Willen, nie und nimmer den ihnen so verhaßten Mummenschanz des preußischen Militarismus wieder aufstehen zu lassen. Und es schien damals, als wäre die Zeit der Generale und kommandierenden Unteroffiziere nun endgültig vorüber. Doch die Reaktion hat zu arbeiten verstanden, während sich die sozialdemokratische Führung um den bürgerlichen Staat sorgte. Heute stehen wir der monarchistischen Restauration näher denn je und es ist Sache der Arbeiter, in sorgfältiger, erster Untersuchung zu prüfen, wo die eben gestärkte faschistische Konterrevolution ihre empfindliche Stelle hat.

Da ist bei aller Würdigung der Größe der faschistischen Gefahr dennoch zu sagen: Weit mehr an Stärke und Zahl als die Armee der Konterrevolution, könnte die deutsche Arbeiterklasse in die politische Wagschale legen, wenn sie einig und geschlossen in den Kampf geführt würde. Nichts ist jetzt unangebrachter, als Pessimismus. Gegenüber der unerhörten Kraft geschlossener Arbeitermassen ist auch die geleimte Konterrevolution nur Spreu vor dem Winde.

Es gilt, den letzten irreführenden Proleten aus der Nazifront zu reißen, denn was aufmarschierte, das waren nicht nur enttäuschte, aus dem sozialen Gleichgewicht gekippte Kleinbürger, aufgeputzte Studenten und die lumpenproletarischen Elemente der SA und

# Schlag auf Schlag

## Knebelung der Arbeiterpresse

Die Polizeipressestelle meldet: „Durch Verfügung des Regierungspräsidenten Breslau vom 1. 2. 1933 ist die kommunistische Tageszeitung, „Arbeiter-Zeitung für Schlesien“, auf Grund des § 6 der Verordnung des Herrn Reichspräsidenten vom 19. 12. 32, auf die Dauer von 14 Tagen, und zwar vom 2. 2. 1933 bis 15. 2. 1933 einschließlich, verboten worden.“

Das Verbot umfaßt auch die erscheinenden Kopfbücher der Arbeiterzeitung für Schlesien, sowie jede angelegte neue Druckschrift, die sich sachlich als die alte darstellt oder als ihr Ersatz anzusehen ist.“

Schlag für Schlag führt die Konterrevolution; der „Bolschewismus“, d. h. der revo-

lutionäre proletarische Kampfgedanke soll ausgerottet werden — so liest man es heute auch in der Regierungserklärung.

Dies Verbot, gegen das wir mit aller Schärfe protestieren, wie auch alle anderen Verbote, muß wiederum eine Mahnung zur Schaffung des revolutionären Kampfblockes werden.

## Auflösung einer KP-Versammlung

Beuthen, 1. Februar.

In Miechowitz wurde eine öffentliche Versammlung der kommunistischen Partei von etwa 450 Teilnehmern wegen Verächtlichmachung des Reichspräsidenten und der Reichsregierung durch die Polizei aufgelöst.

# Man läßt den Mörder laufen

Offiziell wird gemeldet:

„Zu den Vorfällen am Waschteich hatte der Breslauer Oberstaatsanwalt gegen die Entscheidung der Beschlusskammer des Landgerichts, wonach die der Tötung des Reichsbannermanns Hanisch verdächtigen drei Angehörigen der nationalsozialistischen SA außer Verfolgung zu setzen sind, Beschwerde beim Oberlandesgericht eingelegt. Auch diese Beschwerde ist nunmehr zurückgewiesen worden. Der Strafsenat des Oberlandesgerichts hat die Maßnahme des Jugendrichters, der seinerzeit die gerichtlichen Vernehmungen durchführte, und auf Grund des Ergebnisses der Zeugenaussagen die Beschuldigten außer Verfolgung setzte, gebilligt.“

Es ist nun kaum noch damit zu rechnen, daß der blutige Vorfall vom Waschteich ein gerichtliches Nachspiel haben wird.“

Gegen dieses unerhörte Verhalten der zuständigen Justizbehörden muß von der Breslauer Arbeiterschaft auf das schärfste protestiert werden.

Das Oberlandesgericht hat mit diesem Entschluß geradezu einen Freibrief für nationalsozialistische Mörder ausgestellt. Der Prolet ist vogelfrei. Selbst der letzte — bisher bereits sehr schwache — Schein eines Schutzes der Persönlichkeit und des Lebens durch die Sicherheitsorgane und die Justizorgane des Staates wird in diesen Tagen vernichtet.

Sorgt dafür, daß die sozialdemokratischen Arbeiter, die immer noch an Recht und Polizeischutz glauben, von ihrem Wahne befreit werden. Die Arbeiterklasse kann sich nur selbst schützen, die Arbeiterklasse kann nur selbst ihr Recht verteidigen! Das Werk der Belagerung des Proletariats kann nur ein Werk der Arbeiterklasse selbst sein.

# Cohn fallen gelassen

## Rektor weicht vor dem nationalen Pöbel zurück

Der nationalsozialistische intellektuelle Pöbel benutzte sofort nach Eintreffen der ersten Nachricht einer Kanzlerschaft Hitlers die veränderte politische Situation, um zu einem letzten entscheidenden Ansturm gegen die Professur Cohns die SA-Banden am Dienstag vor der Universität zusammenzuführen.

Man überreichte dem Rektor Brockelmann ein Ultimatum, in dem die sofortige Unterbrechung der Vorlesungen des Herrn Professor Cohn bis zur endgültigen Entscheidung durch das neue deutsche Kultusministerium verlangt wurde.

Brockelmann machte einen feigen Rückzieher und beeilte sich, den Wünschen der intellektuellen Radaubröder nachzukommen.

Cohn erhielt ein Schreiben von ihm: „Sehr geehrter Herr Kollege! Die Lage unserer Universität ist zur Zeit leider so, daß der Schutz Ihrer Vorlesungen und die Sicherheit für Leib und Leben Ihrer Hörer nicht gewährleistet werden kann. Ich würde es für richtig halten, wenn Sie Ihre Vorlesungen für die nächsten Tage aussetzen wollten. Mit kollegialer Begrüßung Ihr ergebener Brockelmann.“

Was blieb Cohn anderes übrig, — daß er gerade nicht sehr mülig und überzeugungstreue, hat er ja bisher während der ganzen Affäre bereits einige Male bewiesen —, er hat seine Vorlesungen eingestellt. Der letzte Akt dieser Breslauer Tragikomödie wird also demnächst auf der Bühne des neuen „Leulschien“ Kultusministeriums gespielt werden.

# Grippe auch in Schlesien

Wir wiesen vor einiger Zeit in einem eingehenden Artikel über die Grippe darauf hin, daß diese Krankheit bei kaltem Wetter sich schneller und heftiger ausbreitet, als bei trockener Kälte.

Der eingetretene Witterungsumschlag hat diese Behauptung nun bestätigt.

Mit dem Anmarsch der Feuchtluftmassen zieht auch die Grippe, die bisher fast ausschließlich nur im Westen Deutschlands gewütet hat, nach Schlesien ein.

## Schließung sämtlicher Beuthener Volksschulen

Beuthen OS., 1. Februar

Infolge der auch in den hiesigen Volksschulen stark verbreiteten Grippeerkrankungen — eine heute veranstaltete Umfrage hat ergeben, daß 800 Kinder an Grippe erkrankt sind — hat der Kreisrat die Schließung sämtlicher Beuthener Volksschulen für die Zeit vom 2. bis einschließlich 8. Februar angeordnet.

## In Breslau 2 Schulen geschlossen

Wegen Erkrankungen der Lehrer und Schüler an Grippe mußten in Breslau zwei

Schulen — die Cecilienschule in der Taschenstraße und die Evangelische Volksschule 8 in der Matthiasstraße — geschlossen werden.

In anderen Schulen mußte der Unterricht in einzelnen Klassen eingestellt werden.

Die amtlichen Stellen bemühen sich wieder einmal eifrig, zu beruhigen, anstatt wirklich wirksame Maßnahmen bei den verelendeten Massen zu ergreifen.

## Auch in Kreuzburg

Kreuzburg, 1. Februar.

In Pilschen ist die katholische Schule auf Anordnung des Kreisarztes auf eine Woche geschlossen worden, da mehr als die Hälfte der Schulkinder an Grippe erkrankt ist.

## Spinale Kinderlähmung

Waldenburg, 1. Februar.

In Hermsdorf ist ein neuer Fall spinaler Kinderlähmung festgestellt worden. Die notwendigen Vorsichtsmaßnahmen sind ergriffen worden.

# Machtvoller Aufmarsch gegen Hitler-Hugenberg

(Eig. Bericht der SAZ.) Liegnitz.

Hitler Reichskanzler! Alarm für die Arbeiterschaft. Die SAP zeigte den einzigen Weg zu einem ersten Widerstand. Sofort ging ein Schreiben an den ADGB, die SPD, die KPD und das Arbeitersportkartell ab. Eine gemeinsame Demonstration war die erste Forderung. Inzwischen hatte jedoch die KPD zu einer eigenen Demonstration aufgerufen. Um unseren Willen zur Einheitsfront zu zeigen, beschlossen wir, uns an dieser Demonstration zu beteiligen. Am Stellplatz ein bisher unbekanntes Bild. Statt den bei der KP üblichen 150 Männern eine große Masse. Die große Zahl der Reichsbannerleute fällt auf. Dann formiert sich der Zug. Immer mehr werden mitgerissen. 600 Proleten marschieren. Die starke Gruppe der SAP fällt besonders auf. In den Arbeitervierteln wird der Zug stürmisch begrüßt. Reichsbannerleute grüßen mit „Freiheit“. Immer wieder ertönt im Sprecher der Kampfpapole der Arbeiter: „Nieder mit Hitler!“ Begeistert wurde unsere Parole „Es lebe die proletarische Einheitsfront“ aufgenommen. Am Klosterplatz eine kurze Ansprache eines KPD-Genossen. „Brüder, in eins nun die Hände!“ sind seine Schlussworte. Für uns lautet jetzt die Parole: Unermüdetlich dafür gekämpft, daß diese Worte nicht bleiben, sondern daß in kürzester Frist die Arbeiterschaft gemeinsam marschiert, gegen den gemeinsamen Feind.

## Gegen die Regierung

Bunzlau, 1. Februar.

(Sonderbericht der SAZ)

Am Dienstag rief die KP zu einer Demonstration gegen die neue Regierung auf, an welcher sich die Genossen unserer Partei beteiligten, um unseren ehrlichen Einheitsfrontgedanken unter Beweis zu stellen. Wir konnten zu unserer Freude feststellen, daß trotz der kurzen Zeit, welche uns zur Mobilisierung bereit stand, eine beträchtliche Zahl unserer Genossen zur Stelle war. Warum, Genossen von der KP, habt ihr es wieder unterlassen, an die anderen Arbeiter-Organisationen heranzutreten? Für einen alleinigen Aufruf wäre „nach Absage“ immer noch Zeit gewesen. Obwohl die Beteiligung sehr stark war, wäre die Demonstration bestimmt noch wichtiger geworden.

Um 5 Uhr setzten sich die Demonstranten in Bewegung. Vom Klosterplatz ging es unter starker polizeilicher Bewachung durch die bekanntesten Stadviertel nach dem Marktplatz. In musterartiger Ordnung und Disziplin marschierten die Proleten in Reih und Glied.

Mancher Eiserne Front-Genosse, der vergebens auf einen Aufruf seiner Organisation wartete, reichte sich zum Protest in die Front ein. Proletarische Kampflieder und Sprechchöre „Nieder mit der Faschistenregierung!“ durchbrausten die Straßen. Auf dem Marktplatz angelangt, wo sich eine reichlich lausendköpfige Menschenmenge angesammelt hatte, hielt der Genosse Holstein von der KP seine Kampfreden. Obwohl er die nationale faschistische Konzentration scharf an den Pranger stellte und ihr wahres Gesicht zeigte, konnte er es sich doch nicht verkneifen, den größeren Teil seiner Rede zu benutzen, um wie üblich den SPD-Führern die „Maske vom Gesicht zu reißen“. Ein Teil der SPD-Anhänger, die aus Sympathie an der Demonstration teilgenommen hatten, verließen darauf den Platz. „Ihr lieben Kommunisten, habt ihr gemerkt, daß man so keine Einheitsfront schaffen kann? Werdet ihr endlich daraus lernen, ehe es zu spät ist?“

## Zusammenbruch eines Luftschatzes

Waldenburg, 1. Februar.

Auf dem zum Kriegsschacht in Steingrund gehörenden Gelände befindet sich ein Luftschatz, der in der letzten Zeit häufig von Arbeitslosen besucht wurde, die aus dem etwa 70-100 m tiefen Schacht Kohle herausholten. Auf Veranlassung der Behörden war der Schacht untersucht und dabei festgestellt worden, daß die Benutzung der Leitern lebensgefährlich ist. Daraufhin wurde der Schacht bewacht, um die Arbeitslosen vom Betreten desselben abzuhalten. Montag abend brach der untere Teil des Schachtes plötzlich in sich zusammen. In dem Luftschatz hatten sich kurz vorher noch 15-18 Personen befunden; ein schweres Unglück hätte sich ereignet, wenn nicht einige Stunden vorher die Bewachung des Schachtes angeordnet worden wäre.



Jushny's „Blauer Vogel“

Nur ein halbvolles Haus erwartete Jushny, als sein dreitägiges Gastspiel in Breslau begann. Die politischen Ereignisse überschatteten Alles. Aber das anwesende Publikum hatte er für sich. Der Meister der Impression (Eindruckskunst) bezwang, der Conferencier hielt mit dem Publikum Berührung, Musik, Form und Farbe harmonisierten in bezwingender Weise. Nicht einverstanden sind wir mit der Butzenscheibenlyrik aus „Väterchen“ Zars Zeit, der Gesellschaftslüge und dem Gemütskitsch. Auch wenn eine leise Ironie über diesen Bildern liegt, das Nachhaltigste ist seine Leierkastensängerszene geblieben. E. K.

**Die Rote Rake...**  
**Berl. Komm...**

# Bücher und wir

**Jehol, die Kaiserstadt.** Sven Hedin. 78 Abbildungen und Handzeichnungen des Verfassers. Verlag F. A. Brockhaus.

226 km von Peking entfernt liegt Jehol, jenseits der Großen Mauer, mitten in der mongolischen Wüste. Vor Jahrhunderten wurde es von chinesischen Kaisern geschaffen als Außenwerk des gewaltigen chinesischen Reiches gegenüber den Wüsten-Mongolen, die einst unter dem Dschingis Kan sich zu Herren Chinas gemacht hatten, inzwischen aber wieder auf ihr Nomadenleben in der Wüste zurückgeworfen worden waren.

Sven Hedin, der bekannteste und fruchtbarste Asienforscher unserer Zeit, hat die prächtigen Reste dieser Prunkstadt inmitten der Wüste besucht und erforscht. In dem vorliegenden Werk schildert er das Jehol von heute und läßt zugleich die ganze bewundernde Pracht des einstigen Jehol mit seinen Palästen und Tempeln, mit Parks und Wasserkünsten wiedererstehen.

Auch den fesselnden und zugleich düsteren Roman der schönen Hsiang Fei schildert er: In Turkestan nach der Ermordung ihres Gatten Geraden, die der Kaiser mit Gewalt und prachtvollsten Geschenken sich vergeblich gefügig zu machen suchte.

Wenn auch die unerhörte interessante politisch-geographische Rolle Jehols ein wenig zu kurz kommt, so gewährt doch diese lebendige Schilderung eines wichtigen Punktes des alten China einen tiefen Einblick, wertvoll für jeden geschichtlich interessierten Menschen.

Dr. K. Z.

**Albert Londres: Terror auf dem Balkan.** Phaidon-Verlag, Wien.

In Mazedonien leben 2 Millionen Menschen. Die verschiedensten Völker und Rassen, Bulgaren, Türken, Griechen, Albaner, Wallachen, Zigeuner, Juden und Serben sind die Bewohner. Heftige Kämpfe werden zwischen den Minderheiten ausgetragen. Die Mazedonier haben sich zur Befreiung ihres Landes zusammengeschlossen. Die innermazedonische revolutionäre Organisation, abgekürzt VMRO, kämpfte 1893 gegen die damaligen Herrscher, die Türken, wie nach 1918 gegen die heutigen Herrscher, die Serben, und den großen Nachbar Jugoslawien, der eine mazedonische Minderheit unterdrückt. Die VMRO besitzt eine Organisation, die das Land terrorisiert und gegen die Hitlers SA wie Chorknaben erscheinen. Die VMRO verlangt von jedem Bäcker, Fleischer, Schneider, Schuster, Gastwirt die Bereitstellung von bestimmten Waren für ihre Mitglieder. Natürlich kann das verweigert werden, aber die Parole „Freiheit oder Tod“ und die Symbole Dolch und Revolver lassen das nicht ratsam erscheinen. In großer Ordnung erscheinen die Mitglieder (Komitatschi), zeigen ihre Ausweise und erhalten die zum Leben notwendigen Dinge. Wenn der Komitatschi so eine Zeit gelebt hat, muß er Mitglied werden oder wieder hundertgig herumlafeln; denn nur die Mitgliedskarte der VMRO gibt ihm die Möglichkeit, ohne Geld gut zu leben. Er schwört auf die Organisation und ist damit verpflichtet, alle Dienste zu leisten. Zu tun gibt es genug: wurden doch seit 1928 fast 200 Intellektuelle und seit 1924 etwa 20000 Bulgaren ermordet. So offen wie die Organisation arbeitet, geschehen auch diese Morde. Natürlich gibt es eine Gegenorganisation, und so ist es Brauch, daß nach der Qualität des Ermordeten der einen Partei mindestens ein Ebenbürtiger der anderen fallen muß.

Auf der Straße mietet man sich zwei Wächter, von denen der eine vorn, der andere hinten in einigen Schritt Entfernung geht, die Hände in den Taschen, in jeder einen geladenen Revolver. So bewachen sie ihren Herrn. Trotz dieser Wachen, mit denen man in Sofia promenierte, wird ein Opfer am helllichten Mittag niedergeknallt und von einem Dutzend Kugeln durchlöchert fortgetragen. Dieser Terror beschattet das ganze Land. In jeder Familie sind einige Glieder gehängt, erschossen, der VMRO ge-

opfert. Die Regierung ist machtlos und selbst ständig gefährdet. Jugoslawien sperrt die Grenzen, schützt seine Bahnen, aber die Auslandsabteilung sorgt auch dort für Unruhe durch gelegentliche Bombenattentate und Sprengungen. Belgrad und Sofia und die bestehenden Staatsverträge können das Problem nicht lösen. Die nationalen Minderheiten werden Zündstoff der imperialistischen Mordtätigkeiten bleiben.

„Die VMRO hatte, um einen bulgarischen Bürger auf möglichst bequeme Weise ermorden zu können, für einen Monat ein Zimmer bei einem Polizeibeamten gemietet.“ Das ist der lehrreiche, liebenswürdige und packende Stil dieses Buches. Es ist ein Schrei gegen die Greuel, gegen die Bestialität in diesem Lande und gegen die Stumpfheit unserer Zivilisation. Albert Londres ist tot. Ein tragischer Unfall hat ihn aus der Arbeit gerissen. Wir haben einen Kämpfer verloren.

P. B.

**Dr. Wilhelm Reich: „Der sexuelle Kampf der Jugend“.** Verlag für Sexualpolitik, Berlin. 150 Seiten, broschiert 1,45 RM.

Man darf dieses Büchlein Reichs nicht mit den landesüblichen Aufklärungsschriften verwechseln, die als Freunde der Jugend auftreten, um sie doch im Interesse kapitalistisch bestimmter Moralanschauungen um ihr Recht auf ein natürliches Sexualleben zu betrügen. Reich kennt keine vorsichtige Rücksichtnahme auf solche staatsbehaltenden Forderungen, die sich hinter hochtönenden Worten wie Sittlichkeit, Reinheit usw. verbergen und doch in Wirklichkeit nur die Erhaltung der „Keimzelle“ des bürgerlichen Staates, der monogamen Familie bezwecken. R. spricht als einer, der die Jugend und ihre Nöte kennt und ihr den Weg weisen will — nicht zu irgendeinem kleinen, dem kapitalistischen Chaos abgeschwindelten Scheinglück — sondern zur Befreiung der Klasse vom kapitalistischen Joch und der damit erst möglichen Lösung des Sexualproblems.

Das will nicht sagen, daß etwa dem Jugendlichen in seiner Not akademische Weisheiten und Zukunftsmusik als magerer Trost vorgesetzt werden. Nein, das Büchlein geht nicht mit billigen Phrasen an den Problemen der proletarischen Jugend vorbei, sondern es geht

an sie heran, rollt sie eindeutig auf und führt den Jugendlichen nicht an der Lösung vorbei, sondern zwingt ihn, sie selbst zu erkämpfen. Das ist das Wertvolle an diesem Büchlein, daß es aus dem Leben und für das Leben geschrieben ist. Es ist darum nicht nur ein Buch für die Jugend, sondern auch für alle, die die Jugend verstehen lernen wollen. Im selben Verlage sind ferner zwei Broschüren erschienen, die in derselben offenen und von keinerlei Rücksicht auf Moralanschauungen bestimmten Art das Problem der sexuellen Aufklärung der Kinder behandeln. Dr. Annie Reich schrieb „Wenn dein Kind dich fragt“, für proletarische Eltern und gibt ihnen auf 32 Seiten Text Hinweise, wie sie Fragen des Kleinkindes ohne falsche Scham so beantworten sollen, daß das Kind nicht ein falsches, verlogenes Bild erhält. Die Broschüre kostet nur 20 Pfg. und müßte von allen proletarischen Eltern studiert werden.

Für Kinder, die bereits lesen können, hat ein Kollektiv von Ärzten und Erziehern das Büchlein „Der Verein Das Kreide-Dreieck erforscht die Geheimnisse der Erwachsenen“ (80 Seiten, 1 RM) geschaffen. In Form einer Erzählung kommt dies Büchlein über die unter den Kindern kursierenden Sexualtheorien zu einer wahrheitsgemäßen Aufklärung. Frische Zeichnungen unterstützen nicht nur das Verständnis des Gesagten, sondern gestalten auch den Text lebhafter. Auch ein Büchlein, das Eltern und Erzieher Kindern zumindest dann geben sollten, wenn sie selbst kindlichen Fragen gegenüber, gehemmt durch die ihnen überlieferte Sexualmoral, verlegen schweigen oder Antworten verweigern.

H. R.

**Th. Neubauer: „Deutsche Außenpolitik heute und morgen.“** Internationaler Arbeiterverlag.

Im Internationalen Arbeiterverlag (Münzberg-Verlag) Berlin ist vor kurzem eine Broschüre aus der Hand des kommunistischen Reichstagsabgeordneten Neubauer über außenpolitische Fragen erschienen, die nach der Einleitung des Verfassers eine Analyse der die heutige deutsche Außenpolitik bestimmenden Faktoren und einen Aufruf der Außenpolitik, wie für ein Sowjet-Deutschland gegeben wäre, geben soll.

Zum Teil ist das auch durchgeführt, zum Teil jedoch kommt der Verfasser über die ein-

## „Der Beginn der Barbarei in Deutschland“

Unter diesem Titel hat Bernard von Brentano unlängst im Rowohlt-Verlag, Berlin, ein ebenso geistvolles wie interessantes Buch erscheinen lassen.

Unter dem Stichwort Nachkriegskapitalismus zeigt er die Bedrohung des Privatigentums durch den Widerspruch der Produktivkräfte zu den Produktverhältnissen auf. Die ganze Einleitung ist ein Beweis für die Umwälzung des politischen Ueberbaus durch die Veränderung der wirtschaftlichen Basis.

In einem weiteren Abschnitt behandelt er das Grubenunglück von Alsdorf vom Oktober 1930. Er gedenkt die Bergwerksunternehmer, die 250 Tote durch dieses Unglück auf ihrem Gewissen haben und weist darauf hin, daß die Ursache der grauenhaften Explosion bis heute noch nicht festgestellt wurde. Zugleich legt er die beispiellose Not der Bergarbeiter an Hand von amtlichen Statistiken dar.

Auch die Lage der Landwirtschaft zieht er in den Kreis seiner Betrachtungen. Er sieht den Bauer als kapitalistischen Warenproduzenten und kritisiert die Politik des Landbundes als eine Politik der Großagrarien, weist auf die Osthilfe hin, vergißt dabei nicht die Beteiligung der Preußen-Regierung unter Führung der SPD. festzunageln.

Besonders aufrittend wirken seine Betrachtungen über das Ruhrgebiet, die Wirkungen der Rationalisierung und der Hungerlöhne. Ueber die Widersinnigkeit der heutigen Gesellschaftsordnung schreibt er

bezugnehmend auf den Kohlenüberfluß:

„Auf den Halden des Ruhrgebiets liegen 12 Millionen Tonnen Kohle. Vor diesen schwarzen Bergen stehen Schutzleute, die sie bewachen, und vor den Schutzleuten, in einem Abstand, stehen Erwerbelose und schauen die Kohlen an. Sie sagen nichts, sie sprechen noch nicht einmal miteinander, sie stehen nur da, der Wind der über die Plätze pfeift, wird jeden Tag kälter, die Erwerbelosen betrachten die Kohlen. Zwischen ihnen und dem Produkt, das sie selber gefördert haben, sie, ihre Väter oder ihre Brüder, steht in einer Postenkette — der Staat. Der Wert der Kohlenmassen, die hier zu Bergen aufgehäuft sind, vermindert sich täglich, denn die Kohle verträgt diese gehäufte Lagerung nicht. Die Arbeitslosen werden von dem Anblick nicht warm. Sollte man nicht eine brennende Fackel auf diese schwarzen Hügel werfen?“

Nachdem er die Widersinnigkeiten der kapitalistischen Gesellschaftsordnung im einzelnen aufgezeigt hat, schließt er sein Buch ab mit einem Aufruf zur Solidarität der Unterdrückten.

Da Brentanos Werk im Reportagestil geschrieben ist, ist es auch für den weniger Geschulten lesbar. Und das ist gerade das Verdienst Brentanos, die Widersprüche der kapitalistischen Gesellschaftsordnung mit dem revolutionären Ausweg verständlich dargestellt zu haben.

Hegle.

fache Beschreibung der Tatbestände und eine partiellatorische Abgrenzung insbesondere vor den Nazis — offenbar in einem gewissen Gefühl für die Annäherung der KPD an die Nazilagitation und für eine deshalb notwendige Rechtfertigung — nicht hinaus. Neubauer ist auch bemüht, das berüchtigte „Programm der nationalen und sozialen Befreiung“ der KPD als einwandfrei hinzustellen, indem er ihm unterschiebt, daß die nationale Befreiung im Sinne des vielfach zitierten Lenin (besonders seiner Schrift „Die nationale Frage“) nur als Folge der sozialen Befreiung, der Vernichtung der Kapitalisten-Macht, gemeint sei.

Zu den Fragen „Europa von heute“, der Rivalitäten Deutschland-Frankreich, Frankreich-Italien usw., zum Völkerverbund und zu den wirtschaftlichen Untergründen einer neuen Kriegszuspitzung ist sehr viel Richtiges gesagt und alles wesentliche Material geboten, so daß die Broschüre in dieser Hinsicht dem Arbeiter-Leser einen ganz guten Ueberblick gewährt. Auch die grundsätzliche revolutionäre Stellung zum Krieg, für die Verteidigung der russischen Sowjetunion, die Möglichkeiten einer fruchtbareren Zusammenarbeit eines Sowjet-Deutschland mit Sowjet-Rußland und die vom Klassenstandpunkt aus falsche, ganz im bürgerlichen Fahrwasser gleitende Außenpolitik der SPD sind überzeugend dargelegt.

Das schwächste Kapitel ist das über „Versailles und die nationale Frage“, da hier nur die mechanische, sich nicht um die jeweilige Situation kümmernde Politik der KPD-Leitung unter Anwendung bestimmter Lenin-Zitate, aber Nichtbeachtung auch anderer Ausführungen Lenins wiederholt und verteidigt wird. Als Anhang sind die gemeinsamen Kundgebungen der KPD und der KP Frankreichs gegen Versailles und gegen die deutschen Reparationszahlungen abgedruckt. —ch.

**Max Kolentscher: „Aktive und passive Judenpolitik.“** Buchhandlung Rubin Maß, Berlin.

Die revolutionäre Arbeiterbewegung ist nur soweit an den Vorgängen innerhalb der Religionsgemeinschaften interessiert, als es sich dabei um Auswirkungen des Klassenkampfes handelt. So ist für uns die reaktionäre Antwort, die Kolentscher seinen Glaubensgenossen unter den gegenwärtigen gesellschaftlichen Verhältnissen empfiehlt, unwesentlich. Nur an zwei Punkten ist Kolentschers Broschüre für uns von grundsätzlicher Bedeutung, nämlich dort, wo er den Versuch unternimmt, das Verhältnis des „Judentums“ zu Liberalismus und Sozialismus zu umreißen. Kolentscher vertritt die immerhin neue, wenn auch deshalb noch lange nicht richtige Ansicht, daß der Liberalismus mit dem „Wesen des Judentums“ nichts zu tun habe. Man braucht an dieser wie an den folgenden Stellen seiner Ausführungen tatsächlich nur das Wort „Judenum“ durch Deutschtum, das Adjektiv „jüdisch“ durch urdeutsch zu ersetzen, und jedermann würde glauben, einen Artikel des „Völkischen Beobachters“ vor sich zu haben. Dann fährt K. fort: „Innere Beziehungen des Judentums zum Sozialismus bestehen ebensowenig wie zum Liberalismus.“ Schließlich enthüllen sich seine wahren Absichten in der uns nur zu gut bekannten Erklärung: „Kollektivwirtschaft, Vergesellschaftung der Produktionsmittel, materialistische Geschichtsauffassung, Klassenkampf sind dem jüdischen Wesen fremd.“ Damit entpuppt sich Herr Kolentscher als bürgerlicher Ideologe, als offener Vertreter einer reaktionären Bourgeoisie.

Diese reaktionäre Stellungnahme deckt sich vollständig mit dem sonstigen Inhalt seines Appells an die deutschen Juden. Zurück zur jüdischen Schule, zu Lehrhaus und Talmud, weg vom Klassenkampf, hin zur „geistigen Volksgemeinschaft“ der Juden, damit die entlegenen und degradierten Kleinbürger jüdischen Glaubens in Deutschland davor zurückgehalten werden, die wahren Fronten zu erkennen und zu bewußten Gegnern der herrschenden Klasse zu werden. Die Schrift Kolentschers zur Judenpolitik ist in Inhalt und Zielsetzung reaktionär. Sie entspricht der ideologischen Linie der Falschierung des Kleinbürgertums.

G.



Alle Rechte, insbesondere die der Uebersetzung und des Nachdrucks, vorbehalten. Copyright 1932 by Verlag für Literatur und Politik, Wien VIII

Eine unermeßliche Welle überströmte mich, hob mich in die Höhe zu unseren Lichtern, warf mich in die Tiefe, in die Massen und dann wieder in die Höhe. Ich ersticke vor Glück und vor Tränen. Diese Massen warteten auf mich, sie wollten mich sehen und meinen Schrei hören. Ich erinnere mich, wie ich nach vorn lief, zum Kraftwerk, die Menschen auseinanderstößend, ihnen auf die Füße tretend. Ich hörte nicht, was sie schrien, ob sie schimpften, unwirsch waren oder mich ermutigten. In meinen Ohren war nur ein Dröhnen und Heulen und ich war von dem Wasserfall des Lichtes gebündelt. Ich taste bewußtlos, betäubt; ich mußte jetzt, sofort, mich über die Massen emporschwingen und ihnen aus voller Brust irgendwelche lodende Rufe zuschreiben. Ich wußte nicht, welche Worte ich ihnen zuwerfen werde, ich fühlte nur, daß ich verzweifelt, stürmisch, mit einer Glut in der Seele laufe. Ich wußte, ich muß jetzt, sofort, auf die Tribüne laufen, sonst ist es zu spät, und ich verliere für mein ganzes Leben irgend etwas Gewaltiges, Unwiederbringliches, ich verliere mich selbst für immer. Mit zerrautem Haar, im Schmerz einer un-

gewöhnlichen Freude und Erschütterung, flog ich wie auf Flügeln auf die Tribüne, im raschen Anlauf stieß ich an das Geländer. Ich erinnere mich nur an einzelne Worte, die ich in die Masse der bärtigen Bauern und in die Tücher der Frauen warf. Vielleicht sagte ich gar nicht das, was mir im Gedächtnis geblieben war, sondern etwas ganz anderes. Vielleicht ist es nur eine schwache Widerspiegelung dessen, was ich in diesen Minuten erlebte. Ich stürzte mich diesen Menschen, von Wogen erfaßt, entgegen, ich heulte vor Begeisterung, und diese feurigen, bodelnden, ungewöhnlichen Massen — es gibt im gewöhnlichen Arbeitsleben nicht solche — überströmten mich.

Wie im Traum fühlte ich ein Dröhnen, ein loderndes Sittmen und die Schreie dieser gewaltigen Masse. Man drückte mich, atmete mir ins Gesicht, jemand stützte meinen Arm. Dem Geräusch nach erkannte ich Matroscha. Erst an der Mauer des Kraftwerkes kam ich zu mir, umringt von einem Haufen von Frauen, die ich niemals gesehen hatte.

Auf der Tribüne drängten sich Männer und Frauen. Jemand von ihnen schrie mit angestregter heiterer Stimme:

„Also, Freunde und Genossen, wir müssen beginnen... mit der Verbrüderung. Schluß... die Burakows müssen sterben... Schaut unser Dorf, das ein zurückgebliebenes ist... Gemeinsam müssen wir... wir haben keine Kräfte mehr... keinen Ausweg... Zum Teufel mit dem alten Leben!... Unkneten muß man sich, umbauen... in unserem Sozialismus ist das alte Leben ein Grab... Es ist schwer... auch unserem Staat ist es schwer... Jawohl, Genossen. Welcher Herr kann uns da helfen? Die Herren haben uns alle Knochen abgenagt. Sie würden uns so helfen, daß wir es zu

spüren bekämen... alle unsere sieben Hüte würden sie uns abschinden. Früher gab es einen Mammon, jetzt aber gibt es eine Kommune. Jeder muß etwas wissen, daß die ganze Kraft und die ganze Macht in den Händen der Arbeiterklasse, in meinen, in euren Händen ist... Es gibt nichts Schwereres, als sich auf die eigenen Kräfte zu stützen... die eigene Arbeit ist eine schwere Arbeit, dafür aber ist das Blut heiß...“

Eine Frau schrie irgend etwas, und auch ihre Schreie waren erfreulich und feierlich.

Plötzlich entstand irgendeine Bewegung. Eine Unruhe lief durch die Massen. Die Menschen auf der Tribüne verstummten. Alles wich zurück.

„Wjetrow, Wjetrow!... Andrej Ssemjonowitsch!... Nehmt ihn auf die Schultern! Hebt ihn hoch!... Genosse Rogatkin!... Sie sind gekommen!... Schleppt sie her!... hebt sie hoch!...“

Und im Heulen und Stampfen der Massen sah ich, wie Wjetrow und Rogatkin wie Säcke über den erregten Massen der Köpfe emporflogen. Für eine Sekunde sah ich ihre erregten, erschrockenen Gesichter.

Dann trug man sie auf den Armen zur Tribüne. Die Massen drängten ihnen nach, die Bauern und Bäuerinnen schrien wie Wahnsinnige.

Als man Wjetrow auf die Tribüne schleppt hatte, zwängte ich mich durch die dicke Masse, an den heißen Rücken und Schultern vorbei. Auf der Tribüne standen unsere Bezirksparteiarbeiter. Sie waren streng und ernst.

Wjetrow erblickte mich und streckte den Arm aus, um mich zu umfassen. Ich aber schob ihn beiseite.

„Nun? Galja! Was hast du? Ja, nun?“

Ende.

# „Unpolitische“ Betriebsratswahlen

„Das Betriebsrätegesetz ist zur Wahrnehmung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter und der Angestellten dem Arbeitgeber gegenüber und zur Unterstützung des Arbeitgebers (I) in der Erfüllung der Betriebszwecke geschaffen worden. ... Jede parteipolitische Einflusnahme auf die Durchführung der Betriebsräte- und des Betriebsrätegesetzes haben die Gewerkschaftsmitglieder und die Belegschaften mit aller Energie zurückzuweisen.“ (Näppl)

auf der ADGB-Betriebsrätekonferenz.)

„Keine Politisierung der Betriebsratswahlen! Die organisierten Arbeiter und Angestellten betrachten es als ihre Aufgabe, die Betriebsräte vor der Politisierung zu schützen.“ (Der Deutsche)

Organ der christlichen Gewerkschaften vom 20.1.1933.)

Die Nebeneinanderstellung dieser offiziellen Verlautbarungen der ADGB wie der christlichen Gewerkschaftsleitung zeigen, daß hier, wie auch in vielen anderen Punkten, zwischen den Christen, die offen die kapitalistische Wirtschaftsordnung verteidigen und den Führern der freien Gewerkschaften, die sich als Sozialisten, in sogen. als wie Leppelt auf der ADGB-Betriebsrätekonferenz die wahren Revolutionäre ausgeben, kein Unterschied besteht. Beide richten sich vor der Politisierung der Betriebsräte und wollen ihre Tätigkeit ausschließlich auf ganz engbegrenzte Betriebsangelegenheiten beschränken.

Diese Angst vor der „Politisierung der Betriebsräte“ ist die Angst vor der Initiative und Aktionen der Betriebsarbeitermassen, ist, kurz gesagt, die Furcht vor dem revolutionären Kampf, ist die Sorge, daß die Betriebsräte mit den hinter ihnen stehenden Belegschaften gegen die reformistische bzw. reinbürgerliche Politik der Gewerkschaftsspitzen rebellieren. Um die Betriebsräte ganz der reformistischen Politik unterzuordnen, hat der ADGB schon auf dem Leipziger Gewerkschaftskongress den bekannten Beschluß gefaßt, daß freigewerkschaftliche Mitglieder nicht auf politischen, sondern nur auf freigewerkschaftlichen Listen kandidieren dürfen und daß die freigewerkschaftlichen Betriebsräte den Gewerkschaftsinstanzen unterstellt sind.

Dagegen muß von jedem klassenbewußten Arbeiter und Gewerkschaftsmitglied immer wieder geltend gemacht werden, daß die Arbeiter- und damit auch die Betriebsräte Produkt der gewiß sehr „politischen“ Revolution sind. Die Räte sind vom Proletariat nicht im gewerkschaftlichen, sondern im politisch-revolutionären Kampf gegen die kapitalistische Herrschaft geschaffen worden.

Diese Tatsache schließt in sich, daß die Entpolitisierung der Betriebsräte gleichzeitig bedeutet, daß sie machtlos gemacht werden.

Daß heute die Betriebsräte gegenüber dem Zustand von 1918/19 nur noch ein Schatten-dasein führen, immer mehr rechtlos gemacht wurden und fast ohne Hemmung ständig der Maßregelung ausgesetzt sind, ist eben eine Folge dieser Entpolitisierung.

Es gibt selbst im Betrieb keine kraftvolle und erfolgreiche Wahrnehmung der Arbeiterinteressen gegen den Unternehmer, wenn hinter dem Betriebsrat nicht eine weit über den Betrieb hinausreichende politische Macht steht. Der politische — nicht zu verwechseln mit parteipolitische — Charakter des Betriebsrates und der ganzen Betriebsrätebewegung ist erst recht notwendig, wenn es sich um die Wahrnehmung der Interessen der ganzen Arbeiterklasse handelt. Deshalb muß jeder Klassenkämpfer, jeder Proletarier, der jetzt z. B. den Kampf der ganzen Arbeiterklasse gegen die faschistische Diktatur für notwendig hält, mit aller Leidenschaft gegen die Entpolitisierung der Betriebsräte Stellung nehmen.

Mit dieser unserer Auffassung wollen wir ganz gewiß nicht die Taktik der KPD-RGO vertreten, die bei den Betriebsratswahlen den Gewerkschaftslisten ihre RGO-Listen entgegenstellt. Weshalb wir das gerade vom revolutionären Standpunkt für grundfalsch und arbeiterschädlich halten, haben wir schon oft dargelegt und auch auseinandergesetzt, warum sich jeder klassenbewußte Arbeiter nur an den freigewerkschaftlichen Listen beteiligen kann und muß.

Was wir aber wollen, das ist, daß die freigewerkschaftlichen Betriebsratslisten nach politisch revolutionären Gesichtspunkten zusammengesetzt werden.

Die Arbeiterschaft, und ganz besonders die gewerkschaftlich organisierte, muß heute mehr denn je alles Interesse daran haben, daß Kollegen an die Spitze des Betriebsrates kommen, die gewillt und fähig sind, die Belegschaft und mit den Betriebsräten der anderen Betriebe die ganze Arbeiterklasse, zum entschlossenen Kampf gegen Kapitalsdiktatur

## SAP, Bezirk Ostachsen Unterbezirk Dresden

Sonntag, 5. 2., 9.30 Uhr, Unterbezirkskonferenz im Dresdner Volkshaus. — Tagesordnung: 1. Die politische Situation und die Aufgaben der SAP, Ref. Genosse Walter Fabian. 2. Berichte: a) Organisierung, b) Kasse, c) Revisoren, 3. Statutenberatung. 4. Wahlen: a) Bezirksleitung, b) Parteitagdelegation. 5. Anträge. — Vor Eintritt in die Tagesordnung Beschlüßfassung über die Umbildung des Unterbezirks Dresden zum Bezirk Ostachsen. — Mitglieder (Buch als Ausweis) können als Gäste teilnehmen.

und Poschismus zu führen. Ein Betriebsrat, der diesen Kampf nicht will, ihn hemmend im Wege steht, nützt der Arbeiterschaft verdammt wenig, auch wenn er alle Paragrafen und Schliche des Betriebsrätegesetzes kennt, wobei wir selbstverständlich nicht sagen wollen, daß auch für den revolutionären Betriebsrat arbeitsrechtliche Kenntnisse nicht nötig wären.

Aus alledem ergeben sich für unsere Genossen und alle wirklich klassenbewußten Betriebsarbeiter und Gewerkschaftler große Aufgaben für die im März und April stattfindenden Betriebsratswahlen.

Man darf nicht tatenlos abwarten, bis der letzte Zeitpunkt der Kandidatenaufstellung da ist.

Es gilt jetzt und ganz besonders im Zusammenhang mit den gegenwärtigen politischen Vorgängen zu handeln. Alles muß getan werden, um sofort Betriebsversammlungen

# Das dänische Streikverbot angenommen

WTB. Beide Kammern des Reichstages haben nunmehr die Gesetzesvorlage über das Verbot von Streiks und Aussperrungen bis zum Februar 1934 angenommen. Die für morgen angekündigte Aussperrung, die etwa 100 000 Mann umfassen sollte, ist darauf abgesagt worden.

Die Tatsache, daß das Gesetz der sozialdemokratischen Regierung in der ersten und zweiten Kammer mit dieser Schnelligkeit angenommen wurde, beweist — da die Sozialdemokraten allein nicht die Mehrheit in den beiden Parlamenten haben — daß auch die

# Wo bleibt die große deutsche Linke?

Ueber dieses Thema sprach Genosse Sternberg vergangene Woche in zwei bis auf den letzten Platz gefüllten öffentlichen Versammlungen der Ortsvereine Duisburg und Dortmund-Mitte.

Genosse Sternberg gab zunächst in seiner ihm eigenen Gründlichkeit die ökonomische Analyse der gegenwärtigen Wirtschaftslage. Entgegen der betriebenen „Silberstreifenproduktion“ konnte er den Nachweis führen, daß bisher noch kein Faktor für die Besserung der Wirtschaft sich gezeigt hat, und enthüllte die Stimmungsmaße der „wissenschaftlichen, amtlichen Konjunkturberichte“ als das zur Ablenkung der Arbeiterschaft in Szene gesetzte „Schwindelmanöver“ kapitalistischer „Silberstreifenproduzenten“. Es wäre verhängnisvoll, wenn sich die deutschen Arbeiter auf Grund des zurzeit stabilisierten Tiefstands der Wirtschaft in Ruhe wiegen wollten. Entscheidende politische Veränderungen stehen bevor, das ist notwendig, zu erkennen; ebenso notwendig ist es, gegenüber dem ständigen Geschrei der KPD, die Arbeiterschaft befähigen sich unaufrichtig in der Offensive, zu erkennen, daß die Arbeiterschaft seit langem sich in der Defensive befindet, und sie heilfroht ist, wenn sie ein paar Monate lang keine Schläge bekommt. Heraus aus dieser Defensive! Das ist der Ruf, den die SAP an die deutschen Arbeiter richtet.

Um aber die Defensive erst einmal zum Stehen zu bringen, muß die Kraft der Arbeiterschaft in der Einheitsfront der gesamten Klasse zusammengefaßt werden.

Die bekannten Rechtfertigungen kommunistischer Diskussionsredner ihres ultralinken Kurs vertreten auch in diesen Versammlungen die „Unfehlbarkeit“ der KPD-Führerschaft. Eine scheinbar ganz neue Begründung für die Ablehnung leninischer Spitzenangebote (Kornilowaufruf) entdeckte ein Duisburger Diskussionsredner der KPD, der sich unter Berufung auf Marx (!) auf den Standpunkt stellte, daß ein solches Spitzenangebot infolge der veränderten politischen Verhältnisse (!) heute nicht mehr möglich sei. — Ein charakteristisches Beispiel für die kommunistische Offensiv-Ludendorfferei gab der KPD-Diskussionsredner Triebel, der sich voll und ganz auf die Sternbergschen Ausführungen stellte. Er berichtete, daß die „Kommunistische Internationale“, also das Organ, das in aller Welt verbreitet wird, von H. Letzthin in Duisburg stattgefundenen politischen Streiks schreibt, wobei in Wirklichkeit kein einziger dieser Streiks zu verzeichnen war.

Den kommunistischen Verdrehungskünsten und ultralinken Scheinmanövern gegenüber konnte Gen. Sternberg in seinem Schlußwort nochmals mit hieb- und stichfestem Material aufwarten. Was entscheidend notwendig ist, um die Arbeiter in Aktion zu führen, das ist, daß man die Sabotage der SPD bricht, und das tut man, indem man ihr die bisher von der KPD in mustergültiger Weise in die Hände gespielte Möglichkeit dazu nimmt. — Allen selbstzufriedenen Verächtlichmachungen der „kleinen SAP“ gegenüber ist festzustellen, daß gerade angesichts des Versagens der großen KPD und SPD die Notwendigkeit der SAP stets aufs neue wieder bewiesen wird. Wie in der SAP, so führte Gen. Sternberg aus, lassen uns nicht davor zurückschrecken, wenn, begründet durch 20 Jahre langen verderblichen Reformismus und

durchzusetzen, wo zu den ungeheuren Gefahren der faschistischen Diktator Stellung genommen und damit im Zusammenhang die Frage der Betriebsratswahl gestellt wird. Wer in dieser Situation, in diesem Kampf seinen Mann steht, der gehört auch auf die Betriebsratsliste.

Da — was unserer Auffassung nach falsch ist — die freigewerkschaftliche Liste in Betriebsversammlungen, wo nur freigewerkschaftlich organisierte teilnehmen können, oder gar nur in Funktionärversammlungen aufgestellt wird, gilt es jetzt schon alles zu tun, daß diese Versammlungen zeitig einberufen werden und daß dort der revolutionäre Einfluß möglichst stark zum Ausdruck kommt.

Darum, Genossen! Höchste Aktivität, Kampf gegen die zur Ohnmacht führende Entpolitisierung der Betriebsräte, Einsatz aller Energie für die Wahl von revolutionären freigewerkschaftlichen Betriebsräten!

Bürgerlichen dafür stimmten. Die Bourgeoisie hat auch alle Veranlassung dazu, denn, wie wir schon beim Bekanntwerden des Planes für ein derartiges Gesetz darlegten, ist das nur eine Fessel für die Arbeiterschaft.

Das dänische Gesetz wird bestimmt sehr schnell von allen reaktionären faschistischen Regierungen der anderen Länder nachgeahmt werden.

Der „Vorwärts“ ist — selbstverständlich — sehr begeistert für das Gesetz. Um so schärfer muß die gesamte Arbeiterschaft vor allem auch international, dagegen Stellung nehmen.

ebenso verderbliche 10jährige ultralinken Taktik der Weg der SAP sehr langsam, mühsam und opfervoll ist. Niemand nimmt uns die Verantwortung dafür, wie heute die Lage in der deutschen Arbeiterschaft ist; deshalb fordern wir alle diejenigen auf, denen an der wirklichen Offensive der Arbeiterschaft etwas gelegen ist, in unserem Sinne und mit uns zu arbeiten.

## Fabrikarbeiter-Versammlung in Zwickau

Der „Deutsche Fabrikarbeiter-Verband“, Ortsverwaltung Zwickau, hielt am 29. Januar seine diesjährige Hauptversammlung ab. Die Ortsverwaltung machte es sich sehr leicht, denn außer des Geschäftsberichtes und der Erledigung nur rein organisatorischer und geschäftlicher Angelegenheiten, war nichts zu verspüren, daß man daran denkt, irgendwelche Kampfziele aufzustellen, bzw. den ADGB zu veranlassen, die Defensive endlich zu verlassen und in die Offensive einzutreten.

Von einem SAP-Genossen eingebrachte Entschliebung gegen die ungeheuerlichen Polizeimasakern in Dresden, deren wichtigster Teil die Proklamierung eines eintägigen Totestreiks forderte, wurde zwar einstimmig angenommen, aber nur unter Streichung dieses angeführten Satzes mit der Begründung, man könne jetzt keine Kampferren, da wir momentan noch zu schwach sind (!). Wären alle im FAV organisierten SAP-Genossen zur Stelle gewesen, dann wäre es uns gelungen, zwei SAP-Genossen in die Ortsverwaltung zu entsenden, so müssen wir uns mit einem Vertreter, einer Genossin, begnügen. Hier zeigt sich wiederum, wie notwendig es ist, nicht nur politisch, sondern auch gewerkschaftlich seinen Mann zu stellen.

## KPO und SAP

Nach der letzten Reichskonferenz der KPO hat die Reichsleitung der KPO einen Appell an alle Mitglieder der KPO veröffentlicht, in dem es u. a. heißt: „Im Januar findet der SAP-Parteitag, im März der SPD-Parteitag statt. Unsere Ortsgruppen sind verpflichtet, Verbindung zu SAP- und SPD-Genossen herzustellen, um die Auseinandersetzungen in den beiden Parteien in unserem Sinne zu beeinflussen.“ Die Mitglieder der SAP werden auf diesen Appell aufmerksam gemacht. Es wird notwendig sein, daß überall mit offenen Augen die im Sinne dieses Appells liegende Arbeit der KPO beachtet und die beabsichtigte Zersetzungsarbeit in unserer Partei unterbunden wird.

## Anträge zum Parteitag

Wir machen nochmals darauf aufmerksam, daß der letzte Termin für die von den Organisationen einzureichenden Anträge der 8. Februar ist. Später eingehende Anträge können nicht mehr berücksichtigt werden. Der Parteivorstand.

## Hitlers erste Tat: Arzneiverteuerung!

VDZ. Auf der Tagesordnung der heutigen Reichsratssitzung stand die am vorigen Donnerstag zurückgestellte Abstimmung über die Arzneitaxe 1933. Der preussische Ministerialdirektor Dr. Brecht wies darauf hin, daß seit der vorigen Sitzung des Reichsrates eine neue Reichsregierung gebildet worden sei, und wünschte eine Erklärung der neuen Regierung, ob sie die Vorlage aufnehme trotz der Bedenken, die im Reichsrat dagegen geltend gemacht worden seien und die dahin gegangen seien, daß durch diese Vorlage die Arzneimittel für die Bevölkerung verteuert würden und dadurch mittelbar auch neue Belastungen für Krankenkassen und Gemeinden entstünden.

Staatssekretär Schlegelberger erwiderte, die Reichsregierung erhalte die Vorsatzlage aufrecht.

Daraufhin gaben die Vertreter der preussischen Provinzen Grenzmark, Posen-Westpreußen, Niederschlesien, Oberschlesien, Stadt Berlin, Sachsen, Westfalen, Hessen-Nassau und Rheinland eine formulierte Erklärung ab, in der sie ihre ablehnende Haltung gegenüber der Vorlage noch einmal begründeten.

Außer diesen Provinzen und der preussischen Staatsregierung stimmten jedoch nur die beiden Lippe gegen die Arzneitaxe 1933, sodaß diese mit 43 gegen 23 Stimmen angenommen wurde. Die Länder sollen aufgefordert werden, die neue Arzneitaxe mit dem 15. Februar in Kraft zu setzen.

## DHV schwenkt in die Hitlerfront ein

Der Deutschnationale Handlungsschiffenverband (DHV), der zwar dem Gesamtverband der Christlichen Gewerkschaften angehört, hat sich als erste Gewerkschaft mit einem Aufruf offiziell in die Hitlerfront gestellt. Da die Christlichen Gewerkschaften Opposition gegen Hitler machen, müßte dieser Schritt zum Austritt des DHV aus dem Christlichen Gesamtverband führen. Ueber-raschend kommt die Haltung des DHV nicht, denn seit langem sind eine Reihe einflussreicher DHV-Führer gleichzeitig prominente Vertreter der NSDAP.

In dem Aufruf wird einleitend davon gesprochen, „daß die große Hoffnung vieler Millionen Deutscher mit der Uebertragung des Reichskanzleramtes an Adolf Hitler Wirklichkeit geworden wäre“. Ueber die Haltung der Regierung Hitler gegenüber wird dann gesagt: „Wir werden ihr gegenüber mit allem Freimut und in voller Unabhängigkeit (!) die uns anvertrauten Nöte unserer Berufsgenossen vertreten, aber auch die sozialpolitische Erfahrung, die in vier Jahrzehnten der Entwicklung unseres Verbandes angesammelt ist, der Reichsregierung zur Verfügung stellen.“

Es ist klar, daß dies ein offizielles Einschwenken des DHV in die Hitlerfront bedeutet, obwohl der Vorsitzende des DHV noch auf dem letzten Verbandstag in Hamburg im Herbst vorigen Jahres noch schärfste Opposition gegen Hitler ankündigte. Wie wenig dieser Anschluß den Interessen auch dieser „nationalgesinnten“ DHV-Mitglieder entspricht und wie die Hitlerregierung die gleich zu Beginn ihrer Tätigkeit die Interessen und Forderungen selbst dieser nationalen Angestellten mit Füßen trampelt, zeigt der Aufruf ungewollt selbst. Es wird darin nämlich zum Schluß die Erwartung ausgesprochen, daß sich die Regierung ihrer Pflicht bewußt wäre, „das Reichsarbeitsministerium als einen Hort der Zuflucht für die Nöte vieler Millionen Deutscher zu erhalten“.

Ergebnis? — Noch ehe der Aufruf an die Öffentlichkeit gelangte, war das Reichsarbeitsministerium von der Hitler-Hugenberg-Regierung zerschlagen!

Ein typisches Anfangsbeispiel, daß die Hitlerregierung ausschließlich gegen alle Arbeiter- und Angestelltenschichten mit brutaler Gewalt vorgeht.

## Irischer Eisenbahner-Streik Ein Zug zum Entgleisen gebracht

WTB. Von einem schweren Sabotageakt im nordirischen Eisenbahnerstreik wird aus Belfast berichtet. Der einzige Schnellzug der Strecke Dublin-Belfast, der heute in Gang gesetzt werden konnte, ist bei Castle Bellingham, an der Grenze von Nord- und Südirland, durch Entfernen einer Schiene zum Entgleisen gebracht worden. Die Lokomotive und drei Wagen stürzten vom Damm in einen tiefen Graben. Der Zugführer wurde getötet, der Lokomotivführer, der Heizer und drei Reisende wurden verletzt.

## Um den 2. Direktorposten im IAA

Seit langem geht im Internationalen Arbeitsamt in Genf das Rennen um die Besetzung des zweiten Direktorpostens, der bisher von dem jetzigen ersten Vorsitzenden, dem Engländer Butler besetzt war. Um den Streit der „Nationen“ zu vermeiden, wollte man den Posten überhaupt nicht mehr besetzen. Jetzt hat aber der Verwaltungsrat am 1. Februar mit allen Stimmen der Arbeitnehmervertreter und einem Teil der Unternehmervertreter die Wiederbesetzung des Postens beschlossen. Die „Deutschen“ hoffen sehr, daß ein deutscher Arbeitnehmervertreter das Rennen machen wird.

## Versammlungskalender

Niederhafflau i. Sa. Die Ortsgruppe des Deutschen Freidenkerverbandes Niederhafflau hält am Sonntag, den 4. Februar, um 19 Uhr, im Richtigsteigers Restaurant ihre Jahreshauptversammlung ab. Alle Freidenker Genossen der SAP müssen in dieser Versammlung erscheinen.